

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glad-Auf.

Wohnemmentspreis 50 Hfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgepaltenen Zeilen resp. deren Raum 1.— Mk.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe. Verantwortlich für die Redaktion: **Georg Wischmann, Bochum.** Druck u. Verlag von **Hausmann & Co., Bochum, Biemelhauserstr. 42.** Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Knappschaftsreform.

(An die Bergarbeiter.)

Wieder hörte man euch nicht,
Als man die Reform verfasste,
Wieder schlug euch ins Gesicht
Preußens Landtag, der verhasste. —
Wiederum, zu Spott und Hohn,
Habt ihr ein Gesetz bekommen,
Und dafür hat man als Lohn
Euch das letzte Recht genommen. —

Knappen, macht auch dieser Dieb
Euch nicht munter und behende? —
Wollt ihr's zahlen nicht dem Dieb
Auf die raffbegier'gen Hände? —
Soll auch nach dem Berggesetz
Dieses bleiben ungerochen? —
Immer enger sich das Netz
Winden noch um eu're Knochen? —

Knappen, einmal haltet dicht,
Die ihr mühl' euch in Beschwerden,
Laßt es einmal hell und licht
Doch in eu'rem Schädel werden. —
Sammelt euch zu einem Wall,
Sammelt euch zu einem Ganzen
Und dann brecht mit wucht'gem Prall
Diese Mauern, diese Schanzen. —

Die euch eng und enger neu
Mit Gesetzestraß umgattern,
Bis zuletzt wie dürre Spreu
Euer Hoffen will entflattern. —
Knappen, einmal haltet dicht,
Rüffet euch zum großen Schlagen —
Ohne jeglichen Verzicht,
Alle müßt ihr Waffen tragen. —

Starren, starren straff in Wehr,
Ungeirrt von falschem Wahne —
Kämpfen in dem Bruderheer,
Alle unter einer Fahne. —
Dann ist euch der Sieg gewiß,
Über auch nur dann, ihr Knappen,
Brecht drum mit dem Hindernis!
Laßt das in der Irre Tappen! — H. K.

Bergarbeiterfragen im Reichstage.

Reichstag und Schutz der Schwachen — Gewerkschafts-Gesetz — Bergbehörde und Grubenbesitzer — Borussia — Giesberts und Bergarbeiterschutz — Die Politik der Lösung.

Kurz bevor die Reichstoten in die Ferien gingen am Mittwoch den 23. und Freitag den 25. Mat, kam es noch zu einer Erörterung von Bergarbeiterschutzfragen, die für unsere Kameraden manches Interessante bietet. Veranlassung zu der Debatte gaben zwei Resolutionen, die beide die Frage aufwarfen: Wo sind Rettungsapparate im Falle von Grubenunglücken? Die erste Resolution war eingebracht am 16. Mat 1906 von der sozialdemokratischen Fraktion und lautet:

Der Reichstag wolle beschließen:
den Herrn Reichstänzler zu ersuchen, durch das Reichs-Versicherungsamt feststellen zu lassen, ob in den Unfallverhütungs-Vorschriften der Knappschafts-Versicherungsgenossenschaft Bestimmungen enthalten sind, die vorschreiben, daß auf allen Grubenbetrieben Feuerlöschrichtungen und Rettungsapparate vorhanden sein müssen, wodurch Katastrophen von der Art, wie die in den Schächten von Courrières verhindert werden können. Sollte festgestellt werden, daß ausreichende Sicherheit nicht gegeben ist, dann möge das Reichs-Versicherungsamt die Knappschafts-Versicherungsgenossenschaft im Aufschwunge anhalten (§ 112 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes), schleunigst die Unfallverhütungs-Vorschriften entsprechend zu ergänzen und ihre strengste Beachtung auf allen Gruben zu erzwingen.

Die zweite Resolution war am 21. Mat 1906 von Giesberts und seinen Zentrumsgeoffenen gestellt und lautet:
Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichstänzler zu ersuchen:

1. bei den verbündeten Regierungen den Erlass wirksamer Verordnungen zur Sicherung der Bergarbeiter gegen Explosions- und Feuergefahr im Wege der Verhandlungen anzuregen;
2. das Reichs-Versicherungsamt zu veranlassen, Erhebungen über die bestehenden Einrichtungen und Vorschriften zur Verhütung von Feuer- und Explosionsgefahren im Bergbau zu veranstalten und die Knappschafts-Versicherungsgenossenschaft zur Aufnahme möglichst wirksamer entsprechender Bestimmungen in die Unfallverhütungs-Vorschriften anzuhalten.

Wie die zweite Resolution zustande kam, werden wir weiter unten mitteilen. Dem Reichstagsgebrauch entsprechend kam Herr Giesberts als Angehöriger der mitgliederreichsten Fraktion zuerst zu Wort, und zwar schon am Mittwoch den 23. Mat. Er begann mit der Klage, auch in dieser Reichstagsession sei kein einziges sozialpolitisches Gesetz zustande gekommen, keiner der dringenden Wünsche des Mittelstandes und der Arbeiterchaft sei berücksichtigt worden! Um diese Klage würdigen zu können, muß man wissen, daß die Zentrums-Partei, der Herr Giesberts angehört, es in der Hand hat, wenn sie will die Sozialgesetzgebung in Fluß zu bringen; wenn die Zentrums-Partei will, hat sie mit Unterstützung der Linksparteien (Volkspartei, Freisinnige, Sozialdemokraten), eine Mehrheit, die

in der Lage ist, gute Gesetze zum Schutze der Schwachen zu beschließen. Herr Giesberts sollte, nach der Versicherung seiner Parteifreunde im Essener Wahlkreise, die „sozialpolitische Dampfmaschine im Reichstage heizen“. Und nun er am Schluß der ersten Session seiner Reichstagsstätigkeit steht, bricht Herr Giesberts in die bewegliche Klage aus: es ist nichts geschehen für den Schutz der Schwachen! Der „Feizer“ hat die „Dampfmaschine“ nicht vom Fleck bringen können.

Für den Schutz der Schwachen hat der Reichstag in den fast sechs Monaten seiner Tagung nichts getan, dagegen hat die Konserver-Zentrumlich-nationalliberale Reichstagsmehrheit neue Reichsschulden gemacht; sie hat ein ganzes Bündel neuer Steuern beschlossen, von denen die meisten eine neue Belastung der Schwachen und Armen bedeuten! Herr Giesberts hat für alle diese Steuern gestimmt; das hat er „erreicht“, aber nicht ein einziges Arbeiterschutzesgesetz hat er „erreicht“ von seinen Zentrumsgeoffenen.

Auf die Frage Giesberts, wann das versprochene Gesetz über die Anerkennung der Gewerkschaften käme, gab Graf Posadowsky zur Antwort: wenn der Reichstag nächsten Herbst wieder zusammen-trete. Unser Kamerad Sachse erklärte dazu, wenn das angekündigte Gesetz etwa so aussehe wie das preußische Berggesetz, würden die Sozialdemokraten es ablehnen.

Herr Giesberts sagte dann noch einige Worte zur Begründung seiner Resolution; er bedauerte, daß die Bergarbeiterverhältnisse noch nicht reichsgesetzlich geregelt seien! Graf Posadowsky teilte mit, das Reichs-Versicherungsamt habe „bereits angeordnet, daß Rettungsapparate überall angeschafft werden“.

Su speziellen sachmännischen Ausführungen nahm der preußische Geheime Oberbergamt Herr Meißner das Wort. Er erging sich in oft gehörte Lobpreisungen der preußischen Berg-behörden, die keiner Anregung zu Reformen bedürfte. Wenn Gefahren vorausgesehen würden, schritte die Bergbehörde schon ein. Über allwissend sei auch sie nicht. Herr Meißner erzählte, bis vor kurzem habe die Behörde noch nicht gewußt, daß auch im Kall-bergbau Schlagwetterexplosionen vorkämen (die Arbeiter haben das schon länger gewußt, aus ihrer Erfahrung), es sei auch noch nicht sicher, ob der Braunkohlenbergbau gegen Schlagwetterkatastrophen gesichert sei! Rettungsapparate überall vorzuschreiben, empfehle sich nicht, weil die Apparate stets „vorvollkommen“ würden! (Danach empfiehlt es sich auch nicht, irgendwelche Maschinen usw. anzuschaffen, denn auch diese werden stets vervoll-kommt.) Auf wie schwachen Füßen die Ausführungen des Herrn Oberbergamts standen, bewies er übrigens selbst, indem er mitteilte, für den Oberbergamtsbezirk Breslau seien seit 1900 Rettungsapparate vorgeschrieben! Warum hat man denn auch in Schlesien nicht auf den „vollkommensten“ Apparat gewartet? Weßhalb im Ruhrgebiet keine Rettungsapparate behördlich vorgeschrieben sind, enthielt Herr Meißner in dankens-würdiger Weise. Er teilte mit, als vor einigen Jahren das Ober-bergamt Dortmund auch Rettungsapparate in dem Entwurf einer Bergpolizeivorschrift vorgeschrieben habe, sei diese Vorschrift nach Rücksprache mit dem Zechenbesitzerverein in wieder befeitigt worden!!! Also die Grubenherren haben die Bergbehörde bestimmt, Rettungsapparate nicht vorzuschreiben, obgleich schon bei den Unglücken auf Bollen und Borussia (1898) nach behördlichem Zeugnis (Berginspektorenbericht) sich die Bereithaltung von Rettungsapparaten als eine dringende Notwendigkeit herausstellte! Die Bergarbeiter, um deren Lebensschutz es sich doch handelt, hat die Bergbehörde nicht gefragt! Das ist die übliche Methode, unter deren Herrschaft sich die Arbeiterver-erunglückungen enorm gesteigert haben. Nicht mit den Arbeitern, sondern mit den Grubenbesitzern bespricht die Bergbehörde, was zum Schutz der Arbeiter nötig sei.

Diese Enthüllung des Regierungsvertreters nagelte am 25. Mat Kamerad Sachse gebührend fest. Die Arbeiter und ihre Organisation würden nicht beachtet, kein Wunder, daß die Gruben-unglücke erschreckend zunähmen. Die Umfrage des Bergarbeiter-verbundes habe auf den wenigsten Zechen Rettungsapparate, Löschrichtungen und Verleselungen festgestellt, in großen Gruben-bezirken sei auf keiner einzigen Zeche von Rettungs-apparaten die Rede! Auch wo die Verleselungsvorschrift bestände, sei sie häufig nicht ausgeführt. Das Borussia-unglück habe die erschreckenden Sicherheitszustände im Bergbau aller Welt gezeigt. Im Berginspektorenbericht pro 1905 schreibe der betreffende Regierungsbeamte so, als habe auf Borussia eigentlich keine Vernach-lässigung der Bergpolizeivorschrift bestanden. Der Bericht greife in ungehöriger Weise der noch immer nicht abgeschlossenen gerichtlichen Untersuchung vor, er stehe im strikten Gegensatz zu den Aussagen der Arbeiterzeugen, die wir namhaft machten! Wenn man solche Erfahrungen mache, müsse man zu der Ueberzeugung kommen, daß es wie bisher nicht mehr weiter gehen kann. Daß die Möglichkeit eines Unglücks wie in Courrières für Deutschland nicht aus-geschlossen, gebe selbst das rheinisch-westfälische Pohlensyndikats-blatt zu. Dasselbe Blatt berichtet auch, die am 1. und 2. Mat 1906 aufgefundenen Leichen im Schacht Borussia hätten den Oberkörper entblößt gehabt, augenscheinlich hätten die Unglücklichen versucht, mit ihren Kleidern die Wittertüren zu ver-dichten, was beweise, daß die Unglücklichen im Schacht noch wer weiß wie lange lebten! Rettungsapparate fehlten, andernfalls hätten die Rettungsarbeiten erfolgreich durchgeführt werden können. Dieselbe Erscheinung sei bei dem kürzlichen Unglück auf dem Kallwerk Desdemona zutage getreten. Daß auch die Lothlenbergbau nicht richtig tagiere, habe Herr Oberbergamt Meißner eingestanden. Mit dem heutigen Unfallverhütungssystem könne es nicht weitergehen. Deswegen sei die sozialdemokratische Resolution gestellt, die auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes dem reichsgesetzlichen Bergarbeiterschutz Bahn brechen wolle. Die Resolution Giesberts sei dagegen im ersten Teil wieder eine Anerkennung der landesbehördlichen Grubenkontrolle. Hiermit würde nur eine Beibehaltung des jetzigen Zustandes gefördert. Im Interesse der Bergleute möge Giesberts seine Resolution zurückziehen und unserer Resolution zustimmen.

Hiergegen sprach dann Herr Giesberts. Er behauptete, seine Resolution sei die „weltgehendste“. Sodann sagte Giesberts auch, wie er zu seinem Verschlechterungs-antrag gekommen ist. Als das Unglück in Courrières ge-schehen, kam Giesberts zu Sachse und Hue und regte an, gemeinsam eine Resolution zum Schutz der Bergleute durch reichs-gesetzliches Eingreifen dem Reichstag vorzuschlagen. Sachse und Hue waren natürlich sofort bereit. Hue sagte noch (er führte dies auch am 25. Mat im Reichstag aus, nachdem Giesberts die Sache angeknüpft), die Verhütung von Grubenkatastrophen sei eine Sache, die mit Parteipolitik nichts zu tun habe, hierbei könnten alle fühlenden Menschen zusammenarbeiten. Giesberts war einverstanden, aber da nahm er Rücksprache mit den führenden Zentrumspolitikern und die haben ihn veranlaßt, die ver-schlechterte Extra-Resolution einzubringen!!! Wohl gab Herr Giesberts als Grund an, „seine politischen Freunde“ hätten befristet, auch bei Einbringung einer gemeinsamen Reso-lution würden die „Sozialdemokraten auf das Zentrum losgehen“. Aber wenn schon Herr Giesberts für sich allein bleiben wollte, deswegen brauchte er doch nicht einen verschlechterten Antrag einzubringen! Der Wunsch aller Bergleute ist, vom Landtage die Berggesetzgebung in den Reichstag zu überführen; hierzu war die Resolution, die von Sachse und Hue begründet wurde, der erste praktische Schritt, es war die richtige Politik des Erreichbaren. Da aber erscheint Herr Giesberts mit einer Resolution, die wieder dem Landtag und den Landesbehörden die Sache zuweist. Sodann wollte unsere Resolution die Reichs-regierung veranlassen, Schutzmaßnahmen zu „erzwingen“, Giesberts will nur „anregen“. Als am 10. Februar 1906 im Reichstag der Kollege Biemelburg die Verhältnisse auf der Zeche Borussia dargelegt hatte, nahm Herr Giesberts das Wort und sagte, nachdem er die Unzulänglichkeit des jetzigen Bergarbeiterschutzes beklagt: „Über meine Herren, ich meine, das müßte vor allen

Dingen für uns im Reichstag ein neuer Auspost sein, wenn man diesen billigen Wünschen der Bergleute nach mehr Schutz und mehr Berücksichtigung ihrer Interessen in den einzelnen Landtagen nicht mehr Rechnung trägt, hier einzugreifen . . .“

So sprach Herr Giesberts am 10. Februar, und als ihm ein Vierteljahr später Gelegenheit geboten war, ohne Verletzung eines Reichs- oder Landesgesetzes den ersten Schritt zu einem reichs-gesetzlichen Bergarbeiterschutz zu tun — da bringt er einen Antrag ein, der die praktische Folge hat, alles beim alten Schlichten zu lassen, der wieder den Landtag als Bergarbeiterschützer angeht!

Kamerad Hue wies denn auch darauf hin, daß der Giesbertsche Antrag den Wünschen der Bergleute widerspreche. Die Berg-leute aller Richtungen wünschten nur noch eine reichs-gesetzliche Regelung ihrer Verhältnisse, die Reso-lution Giesberts komme aber wieder dem Landtage zugute. Wenigstens den ersten Teil seiner Resolution müsse Giesberts zurückziehen, wenn er den Wünschen der Bergarbeiter entsprechen wollte. Wie in derselben Woche, wo der Landtag das Knappschaftsgesetz verabschiedet habe, ein Mann wie Giesberts, der doch auch von christlichen Bergarbeitern gewählt sei, zugunsten desselben Landtages einen Antrag einbringen könne, sei unbegreiflich.

Indessen, Herr Giesberts zog seinen Antrag nicht zurück. Daß er tatsächlich dem unerschrocken kapitalistenschützenden Landtage nützt, bewies das Eintreten eines Nationalliberalen für Giesberts Antrag! Bei der Abstimmung kam die sozial-demokratische Resolution, als die weltgehendste, zuerst davon. Kon-servative, Zentrum und Nationalliberale stimmten gegen unsere Resolution! Das sagt genug. Darauf wurde die Resolution Giesberts angenommen.

Daß sie alles beim Alten beläßt, wird die Zukunft lehren. Es liegt kein Grund zu der Annahme vor, Giesberts persönlich habe ein Interesse an der Beibehaltung des jetzigen Zustandes. Die Geschichte der Resolution Giesberts beweist aber sonnenklar, daß die Zentrums-Partei eine Reichsberg-gesetzgebung ernstlich gar nicht will, obgleich sie entsprechende Anträge stellte! Von diesen Feinden der Reichsberggesetzgebung ist Herr Giesberts genötigt worden, seinen Verschlechterungsantrag einzubringen.

Hier handelte es sich nicht um die berühmte „Politik des Er-reichbaren“, denn auch nicht das geringste Versäumnisbedenken konnte gegen unsere Resolution vorgebracht werden; sie stützte sich auf ein schon vorhandenes Reichsgesetz. Unsere Resolution stellte das Zentrum auf die Probe, ob es wirklich den Bergarbeitern gerecht werden will soweit es geht. Die Probe ist so ausgefallen, daß jeder Mensch mit einsehen: Das Zentrum will ernstlich keine Bergarbeiterschutzesgesetzgebung durch den Reichstag.

Der Streit der Mitteldeutschen Braunkohlenbergleute.

I.
Nunmehr haben auch die Braunkohlenbergleute einen Kampf hinter sich, auf den sie stolz sein dürfen und mit ihnen die gesamte deutsche Bergarbeiterschaft. In glänzender Einmütigkeit boten unsere mitteldeutschen Kameraden neun Wochen lang ihren „Brotgebern“ Trotz unter großen Beschwerden und Opfern. Der Kampf gegen den Hunger wird den Bergleuten nun einmal recht schwer gemacht. So war es in Neurade, Gottesberg und nicht anders war es auch in Mitteldeutschland. Fünfzehn, elf und neun Wochen! Welche Summe an Arbeitskraft wurde in diesen vielen Wochen der Industrie entzogen, wieviel Energie war auf beiden Seiten nötig, diese lange Zeit sich zu halten — von der übrigen Schädigungen am Allgemeinwohl abzusehen. Wann wird sozialpolitische Einsicht solche Kämpfe vermeiden helfen. Man ist doch nicht einseitig, wenn man behauptet, die Grubenbesitzer hätten in allen drei Fällen unser Volkswesen vor schweren Schäden bewahren können, wenn nur der gute Wille dagewesen wäre. Nicht der gute Wille der einzelnen vermag es, den Mechanismus des modernen Industriekapitals zum Guten wie zum Bösen aller Be-teiligten zu leiten; das wissen wir auch. Aber viel kann getan werden, wenn Viele es wollen und wenn diese sich zu einem solchen einflussreichen Machtfaktor herausgebildet haben, wie die mittel-

deutschen Grubenbesitzer. Die „Neuroder“ und auch die „Schleifischen“ haben sich zu einem Teil den Gängen, zu dem sie die Werksbesitzer zusammenschlossen; auch hier ging der Kampf gegen ein vereinigtes Unternehmertum, wenn auch auf Bezirks beschränkt. Der Gewinn und Verlust teilten viele Werksbesitzer gemeinsam unter sich. Gemeinliches Interesse mahnt zum Nachgeben oder auch zur Ausdauer in wirtschaftlichen Kämpfen und so können viele Wochen vergehen, ehe sich die Waage der Entscheidung zum jeweils Stärkeren neigt. Wer dieser Stärkere in Gottesberg und Neurode war, unterliegt nicht heute unserem Urteil. Uns geht jetzt an, was in Mitteldeutschland vor sich ging.

Der neuwichtigste Kampf der Braunkohlenbergleute hätte vermieden werden können. Diese Tatsache steht klar und fest. Er brauchte nicht gekämpft zu werden, wenn die mitteldeutschen Grubenbesitzer ihren Sinn nicht nur auf ihr eigenes Wohlergehen, sondern auch auf das ihrer Arbeiter blickten.

Die Braunkohlenindustrie Mitteldeutschlands nimmt keine untergeordnete Stellung in der Kohlenproduktion bei und ein. In den Streikbetrieblen schütteten gewöhnlich bis zu 16 000 Arbeiter. Hier sind 6800-7000 Mann unterirdisch beschäftigt und von diesen wieder fanden 5000 Mann während der neun Wochen im Ausstand. Auf den direkt vom Streik betroffenen Gruben dürften etwa 80 Prozent der unterirdisch beschäftigten Arbeiter gestreikt haben. In ganz Preußen sind von rund 48 000 Braunkohlenbergleuten 17 000 unterirdisch tätig. Auf den „Streck“-Gruben beträgt die Jahresproduktion etwa 15 000 000 Tonnen Braunkohle, also ein Drittel der Jahresförderung Preußens. Viele Betriebe in unserer Industrie sind nur auf die Leistung mit Braunkohle angewiesen d. h. darauf eingerichtet. Es kann also nicht gleichgültig sein, wenn eine größere Anzahl Braunkohlenwerke zum Stilllegen kommt oder man beschränkt arbeiten muß. Wer einen solchen Streik frivol vom Zaun bricht, schädigt die Industrie schwer. Ein Grund mehr, alles zu tun, um derartige Zustände zu vermeiden. Wie sah es aber bei den mitteldeutschen Bergwerksbesitzern aus? Es ist der dritte größere Streik ihrer Arbeiter, den sie erleben müssen, einer von immer größerem Umfang wie der andere. Erst beim dritten Mal gelang es den Arbeitern, wesentlich für sich zu erwirken, obwohl die wirtschaftlichen Forderungen meist denen ähnelten, wie sie in den Jahren 1897 und 1900 an die Grubenbesitzer gestellt wurden. Diese Forderungen hatten seit dem ersten Streikjahr weder an ihrer Berechtigung noch an ihrer Durchführbarkeit verloren. Die Grubenbesitzer wollten aber weder von diesem noch von jenem etwas wissen. Die Werksbesitzer lernten nichts aus den früheren Streiks; es genügte, diese niederzuknallen zu haben. Sie waren Sieger — wehe den Besiegten! Auch das einfachste Rästel lösten sie nicht, daß wenn Arbeiterstreiks auch niedergedrückt werden können, die Forderungen bestehen bleiben. Kurzschichtigkeit läßt nichts weiter zu, als die fade Behauptung, daß die Streiks nur von „gewissenlosen Agitatoren“ geschürt werden können. Streiks haben in ihren Augen keine wirtschaftliche Berechtigung. Sie, die Herren übertrifften doch von Wohlwollen für ihre Arbeiter. Also liegt und lag niemals Ursache zum Streiken vor.

Auch der mitteldeutsche Streik kam den Werksbesitzern überrascht. „Sie haben uns überrumpelt!“ meinte recht bald ein Direktor. Er blieb also blind, trotz der beiden Streiks, seine Kollegen mit. Inzwischen nehmen die Klagen der Arbeiter ihren Fortgang. Keine Nummer des Verbandsorgans erschien, wo nicht die Kohlengräber auf Mißstände hinwiesen. Im Laufe der Jahre fanden hunderte Versammlungen statt, und die Knappen hatten sich in diesen nichts weiter zu erzählen, als von Not und Jammer, von oft himmelschreienden Mißständen auf den Gruben. Auf Konferenzen und Kongressen forderte man Abhilfe, auch die Gesetzgebung blieb nicht von Eingaben dieser Art verschont. Das westfälische „sau karnt nit bliem“ fand seine mitteldeutsche Uebersetzung. Wollten wir die Klagen der Braunkohlenbergleute eingehend behandeln, so bedürfte es Bände hierzu. Es genügt hier, hinzuweisen, daß die Leistung des Arbeiters immer höher geschraubt wurde, die Produktionsziffer stetig gewaltig. Wir verkennen nicht, daß die besonders in den letzten Jahren vielfach angelegten Tagebaue zu der Steigerung der Produktion mit beitragen, ein Teil derselben bleibt aber auf die Mehrleistung der Arbeiter zurückzuführen. Hohe Kohlenpreise sorgten mit, daß die Geschäftsabläufe horrende Gewinne für die Grubenbesitzer einbrachten. Alles das haben wir oft ziffermäßig nachgewiesen. Die Arbeiterlöhne hingegen zeigten kaum ein Aufwärtshinbewegen, obwohl die Lebenshaltung immer teurer wurde. Der Arbeiter war und ist ja heute noch immer gezwungen, jede Belastung auf sich zu nehmen, und dabei verstopft man ihm die Kanäle, die ihm Ertrag für die Mehrausgaben bringen sollen. So kam es, daß das Maß zum Ueberlaufen voll wurde. Die mitteldeutschen Bergarbeiter stellten ihre Forderungen, die Werksbesitzer wießen sie höhnisch ab. Die Folge davon war der Streik.

Es sollte ein heißer Kampf werden. Hätten die Grubenbesitzer erwartet, daß der Streik wie seine bisherigen Vorgänger in Mitteldeutschland in wenigen Wochen im Sande verlaufen würde, so haben sie sich gründlich getäuscht. Die Hoffnungen der Werksbesitzer gingen elend zu Schanden und nicht lange dauerte es, da mußte der große Schleifstein in Anspruch genommen werden. Der Kampf artete aus. Die Zentrale der Arbeitgeberverbände, wie auch die übrigen mitteldeutschen Grubenbesitzerverbände boten ihren bedrängten Freunden die weitgehendsten Unterstützungen an. Inwiefern diese wirklich einsetzten, entzieht sich unserer Kenntnis. Wohl aber stand fest, die Streikenden hatten einen Kampf gegen mächtige Unternehmer-Realitäten zu bestehen. Aber auch sie standen nicht wehrlos da. Der Bergarbeiterverband ließ reichlich Mittel fließen, auch für diejenigen Ausständigen, die bisher der Organisation nicht angehört hatten. Nur so war es möglich, den Streik neun Wochen zu halten. Kein Wunder, daß sich schließlich noch während des Streiks zeigte, daß es sich hier nicht nur um einen Streik zwischen Bergarbeitern und Werken handelte, sondern daß hier Bergarbeiterverband und Unternehmer-Verbindungen sich gegenüberstanden.

Es war der erste größere Streik, den der Verband ohne fremde Hilfsmittel durchführen half, und der erste „Schuß“ traf.

Vater Staat und seine Arbeiter.

Staatsbetriebe sollen Monarchiebetriebe sein, doch sind sie in Wirklichkeit alles andere, nur keine Monarchiebetriebe. Soweit wir es mit staatlichen Grubenbetrieben zu tun haben, stehen sie den Privatbetrieben durchweg nach, außer gerade in den Gruben der frommen Rentiersgrafen in Oberschlesien und dem Kirchenpatron de Wendel in Lothringen. Auf den staatlichen Gruben genießen die Bergleute nicht die mindeste Freiheit, sie politisch oder gewerkschaftlich zu betätigen, sie haben auf Befehl die Arbeitsvereinsgenossenschaft zu beenden. Aber auch in der Lohnfrage und der sanitären Verhältnisse stehen die staatlichen Werke den privaten nach, der Fiskus geht dem Unternehmertum mit „guter Beispiel“ voran. Eine Arbeiterorganisation erkennt eine staatliche Werksverwaltung nicht an, das läßt etwas „demokratisch“ aus und würde die — Autorität untergraben.

Soweit staatliche Verwaltungen des preussischen Polizeistaates, den Fort westdeutscher Reaktion in Frage kommen, sind wir schon geneigt, daß die Arbeiter, besonders wenn sie Forderungen stellen, als bürokratisch und mit der Höflichkeit, die einem preussischen Beamten eigen ist, abgewiesen werden. Das hat die letzte Behauptung aus Berlin nochmals recht deutlich gezeigt. Aber auch in kleineren deutschen Vaterländern will man dem großen Preußen

in punkto Behandlung der Arbeiter und vor allem in der Gehaltsfrage durchaus nicht nachsehen, man will sich wohl der Gefahr nicht aussetzen, von Berlin aus gerüffelt zu werden.

In Sachsen-Meinungen, bei Steinach, wird eine große Griffelindustrie, und zwar hauptsächlich durch den meiningische Fiskus, betrieben, in der die Arbeiter ein wahres Jammerleben führen. Außer dem Fiskus ist nur noch ein Privatunternehmer vorhanden, in dessen Betriebe die Arbeitsverhältnisse durchweg bessere, die Löhne höher sind als in den staatlichen Betrieben und dieser Unternehmer hat sich schon mehrfach bereit erklärt, sofort weitere Wünsche der Arbeiter herbeizuführen zu wollen, wenn der Fiskus auch in seinen Betrieben ebenfalls diese Einrichtungen treffen wollte, oder wenigstens einige Verbesserungen mache. Die Rücksicht auf die Konkurrenz durch den Fiskus ließen es nicht zu, die durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Der Fiskus treibt also auf Kosten der armen Arbeiter eine wahre Schmutzkonzurrenz und zwingt dadurch selbst human denkende Arbeitgeber die Forderungen ihrer Arbeiter abzulehnen.

Die Arbeiter sind nur vorigen Monat mit Forderungen an die sächsische Verwaltung und auf Anraten dieser an das meiningische Ministerium herantreteten. Sie forderten: Beseitigung der Mühsenarbeit an den Durchschneidmaschinen, Erhöhung der Akkordlohnsätze auf den Stand vor dem 25. April 1905, Erhöhung der Schichtlöhne für Rostensteinarbeiter auf den Stand im Jahre 1904, Verkürzung der Arbeitszeit für sämtliche Arbeiter auf 9 Stunden täglich, Beseitigung der Griffelorte 5/4 Millimeter und zuletzt noch die Zurücknahme der Rindlinge aus Kameraden. Gleichzeitig wurden sie durch eine Kommission bei dem Privatunternehmer vorstellt und trugen auch diesem die Forderungen vor, der seinerseits Bewilligung zusagte, falls die sächsische Verwaltung bewilligen würde. Die Forderungen sind wahrhaftig bescheiden, enthalten zum größten Teil nur Zurückführung des Standes der Lohnverhältnisse, wie sie vor Jahren gestanden haben, also nicht einmal eine wirkliche Verbesserung. Wirt es schon ein sehr merkwürdiges Bild auf das „Wohltun“ einer sächsischen Verwaltung, daß in einer Zeit, in der sämtliche Lebensprodukte und auch die Wohnungsmieten enorm gestiegen sind, Wäzige vom Akkord gemacht worden sind, so noch mehr die strikte Ablehnung dieser äußerst bescheidenen Forderungen. Während der Privatunternehmer die Forderungen, soweit sie nicht die Lohnverhältnisse und Verkürzung der Arbeitszeit betrafen, zugestand und in diesen Fragen seine Billigung von der Haltung des Fiskus abhängig machte, hat der Fiskus sämtliche Forderungen rundweg abgelehnt!

Zuerst geschah die Einreichung der Forderungen am Ministerium durch den Vertrauensmann Weigelt. Diesem ging dann folgender Bescheid zu:

„Meinungen, den 11. April 1906.
G. R. an die Direktion der Herzogl. Griffelbrüche in Steinach.“

Zur Eröffnung an Herrn Karl Weigelt, daß wir ablehnen, in Angelegenheit des sächsischen Betriebs mit dem Verband der organisierten Griffelmacher, beziehungsweise deren Vertrauensmann zu verhandeln. Anträge, welche die sächsischen Griffelmacher stellen wollen, haben dieselben unmittelbar zur Vorlage zu bringen.

Also mit der Organisation oder den Vertrauensleuten der organisierten Arbeiter verhandelt ein herzogliches Staatsministerium nicht, das ist nicht — diplomatisch. Doch auch dieses Hindernis mußten die Arbeiter zu übersteigen, indem sie gleichzeitig mehrere Kameraden beauftragten, jeder einen Teil der Forderungen einzureichen. Aber auch hier hat das „soziale“ Staatsministerium wenig Federlesens gemacht. Unterem 8. Mai erhielten diese folgenden Staatsministerialeklaß:

„Auf die Eingabe vom 16. v. Mts. ist den Griffelmachern . . . zu eröffnen, daß es bei der Verfügung vom 13. v. Mts. das Beibehalten behält und daß die Anträge auf Erhöhung der jetzigen Akkordsätze und Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt werden.“
gez. v. Bille.

Den mit Raumarbeiten beschäftigten Griffelmachern . . . und Genossen ist auf die Eingabe vom 17. v. Mts. zu eröffnen, daß ihrem Antrag auf Lohnverhöhung und Einführung von Tagelohn nicht stattgegeben ist.“
gez. v. Bille.

Damit sind die Forderungen abgetan und die Situation unter den hungrigen Griffelmachern hat sich derart verschärft, daß ein Ausstand wahrscheinlich ist und die Schuld trägt dann die sächsische Verwaltung und das Staatsministerium.

Aus den Berggewerbe-gerichten.

Verbot der Zeche König Ludwig vor dem Berggewerbe-gericht in Reddinghausen.

Eine beachtenswerte Berggewerbegerichtsverhandlung fand am 15. Mai vor der hiesigen Spruchkammer statt. Kläger war der Bergmann Barowita aus Böhmen. Beklagte ist die Zeche König Ludwig. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zu Grunde:

Der Kläger behauptet, daß ihm bei der Anwerbung, die im Dezember 1905 in Böhmen stattfand, ein Mindestlohn von 5,20 Mark versprochen sei; außerdem freier Hausbrand. Falls diese Versprechungen von der Zeche nicht gehalten würden, könne Kläger die freie Rückfahrt nach Böhmen beanspruchen. Sämtliche Versprechungen wurden von der Zeche nicht gehalten. B. hat nie den Schichtlohn von 5,20 Mark ausgezahlt erhalten, sondern stets weniger. Ebenso wurde ihm der Hausbrand für zwei Monate verweigert. Er klagte für die ganze Zeit von Dezember an auf Nachzahlung des Mindestlohns, der pro Schicht an den versprochenen 5,20 Mark fehlt, auf Zahlung des Betrages für zwei Monate Hausbrandlohn und die freie Rückfahrt, wie Unterhalt und Expedition der Möbel nach seiner Heimat — in Summa 220 Mark.

Sieben Zeugen, außer dem August Truglas, der aus eigenem Antrieb die Reise nach Westfalen gemacht hat, bekunden von dem Vorliegenden Vergrat Schnepfer auf die Heiligkeit des Eides aufmerksam gemacht und auf die Folgen eines Meineids wiederholt hingewiesen, daß sie im Dezember 1905 von dem Steiger Dörnemann in Bruch in Böhmen angeworben seien als Hauer auf Zeche König Ludwig in Westfalen. D. habe ihnen einen Mindestlohn von 5,20 Mk. pro Schicht versprochen, der ihnen auch dann ausgezahlt werden würde, wenn sie im Akkord infolge schlechter Kohlenlagerung nicht auf diesen Lohn kämen. Sie würden aber allgemein mehr als 5,20 Mk. verdienen und zwar 6-7 Mk. pro Schicht. Zeuge Hlowsky bekundet außerdem, daß der Steiger ihm für die ersten drei Monate freien Hausbrand, freie Wohnung und Stellung eines Kochherbes in Aussicht gestellt habe. Auf ein scharfes Kreuzverhör des Vorliegenden hin, ob nicht der Steiger D. den Lohn von 5,20 Mk. als Durchschnittslohn bezeichnet habe, da bei dem Versprechen eines Minimallohnes von 5,20 Mk., der unter allen Umständen ausgezahlt werden müsse, sie sich auf die faule Seite legen und garnicht zu arbeiten brauchten, bleiben alle Zeugen befestigt in ihrer einmal gemachten Aussage, daß ihnen der Lohn von 5,20 Mk. garantiert sei. Da die Zeugen Hlowsky und Ferd. Golda gegeneinander deutsch sprechen, läßt der Vorlesende bei der Vernehmung des letzteren, als derselbe auf eine Frage eine unpassende Antwort gibt, sich zu der Aeußerung hinreißen: „Sie haben sich die Zeier wohl schon vorher zurückgelegt?“ Die Aussagen des Jos. Mendler, der so gut wie gar nicht deutsch versteht und spricht (aber trotzdem unterirdisch als Hauer angeworben ist und als solcher arbeitet!) muß der Zeuge Truglas, der bereits länger auf der Zeche arbeitet, aber auch nur gebrochen deutsch spricht, verballmischen. Zeuge behauptet trotz Kreuzfragen bestimmt, daß 5,20 Mk. Mindestlohn versprochen sei. Verschiedene Frauen bekunden daselbe.

Es folgt nunmehr die Vernehmung des Steigers Dörnemann. Er bestreitet, jemanden einen Minimallohn versprochen zu haben, er habe überhaupt von keinem bestimmten Lohnsatz gesprochen. Auf die wiederholten Vorhaltungen des Vorliegenden, ob er vielleicht nicht doch etwas Ähnliches gesagt habe, schweigt Zeuge lange und bleibt

schweigend bei seiner Behauptung. Er habe den angeworbenen Leuten lediglich einen Revers vorgelegt und eingehändigt (der unter den Akten sich befindet) und aufliege, kurz des Inhalts, daß freie Fahrt nach Westfalen und Begehrt gewährt wird und die Abzüge sich nach Leistung richten.

Demgegenüber bestreiten sämtliche Angeworbenen, daß ihnen B. et A. n. o. e. b. u. n. g. ein solcher Revers unterbreitet worden ist. Sie haben diesen erst erhalten, unterwegs auf der Bahn in Bahnenmühle in Sachsen. Der Antrag des Klage-Bevollmächtigten an den Vorlesenden, die Art und Weise, wie der Exportsport der Leute vor sich gegangen, durch Fragestellung aufzuklären, wird zurückgewiesen. Es sei hier nur festzustellen, daß die Gemeinteten erzählen, daß, nachdem ihre Möbel verladen waren in Bruch in Böhmen, sie anderen Tages ebenfalls den Zug bestiegen und auf eigene Kosten nach Bahnenmühle fuhren. Hier erwartete sie bereits Dörnemann und gab ihnen ein Billet nach Westfalen und handigte ihnen die Reverse aus. Die Leute waren nun aufgebracht und schimpften. Dörnemann habe sie dann nicht mehr zu sehen bekommen. Es blieb bei ihnen der Belegter derselben, ein gewisser Supan, den sie von Leipzig ab ebenfalls nicht mehr bemerkten. Dieser Supan soll, wie die Leute sagen, in Bruch aufgepaßt haben, daß, während D. die Anwerbung vollzog, kein Werdarm sie übertrafste. (Haben die Herren ein schlechtes Gewissen gehabt?)

Doch kehren wir zur Verhandlung zurück. Der Zeuge Gernascher behauptet, der Steiger D. sei am 14. Mai zu ihm gekommen und habe gesagt, warum er und andere so unzufrieden seien. Wenn sie noch mehr hinterläßt übergeben, und gar Schweinerei auf dem Gewerbegericht machten, dann würden sie einer nach dem andern hinausfliegen. Er werde sie außerdem noch in Strafe nehmen. Dörnemann, befragt, kann sich auf eine solche Aeußerung nicht befinden. Auf wiederholtes Aufhören des Vorliegenden schweigt der Zeuge andauernd, so daß der Vorlesende meint, es sei doch eigentümlich, daß jemand sich von gestern auf heute nicht bestimmen könne.

Später nochmals befragt, sagt D. zunächst, daß er vorige Woche mit G. abgerechnet habe, dann wieder, daß er heute habe abrechnen wollen. Er habe nur mit dem G. gesehrt gesprochen, weil dieser bei dem Hilfsarbeiter sich beschwert habe, daß er noch nicht sein richtiges Geld habe. Vom Berggewerbegericht habe er nicht gehört.

Es wird dann der Zeuge Supan aufgerufen, der über seine Tätigkeit als Begleiter des Steigers keine klare Auskunft zu geben weiß. Er ist 3 Jahre auf der Zeche König Ludwig beschäftigt und aus Steiermark gebürtig. Er sagt aus, daß er meistens bei den Anwerbungen zugegen gewesen sei, bei der Anwerbung Barowita jedoch nicht. Der Wogen (Revers) ist den Angeworbenen stets sofort vorgelegt und der Inhalt ihnen bekannt gegeben. Lohnverprechungen seien den Leuten nicht gemacht. Dörnemann habe ihm das verboten. Der Wogen sei den Leuten später auf der Reise gewissermaßen als Legitimation eingehändigt worden. (Eine sonderbare Legitimation! Umm. v. B.) Auf weiteres Befragen erzählt Zeuge, daß den Geworbenen drei Monate freie Wohnung versprochen sei und freie Reise.

Zum Schluß richtet der Vorlesende nochmals die Frage an Dörnemann, ob er bezüglich des Lohnes nicht noch eine Umdeutung über die Höhe gemacht habe, dahingehend, daß ein fleißiger Arbeiter 5,20 Mark verdienen könne und auch mehr. Zeuge bleibt aber zunächst dabei, daß er keine feste Lohnhöhe angegeben habe, da er doch gar nicht wissen könne, wie die Leute arbeiten.

Nach der Zeugenvernehmung wird das Urteil folgendermaßen begründet: Es sei nicht anzunehmen, daß ein Agent so töricht sei, einen Mindestlohn zu versprechen. Ähnlich klingende Angaben könnten von den fremdsprachigen Zeugen leicht verfaßt werden. Die Frauen besonders legen sich leicht solche Versprechungen zu ihren Gunsten zurecht.

Also wurden die Kläger abgewiesen. Gegen diesen Urteilspruch wird selbstverständlich rechtzeitig Berufung eingelegt werden, dann werden wir ja sehen, wie der Hase läuft.

Spruchkammer Dortmund. (Sitzung vom 8. Mai.)

Der Hauer W. klagte gegen die Garpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft auf Herauszahlung von ihm zu Unrecht abgehaltenen 3 Mk. für verlorenes Gezüge. Kläger arbeitete zwei Jahre auf der Zeche Gneisenau und gibt an, daß er das Abhandkommen der in Betracht kommenden Gezügestücke, schon vor längerer Zeit dem Betriebsführer gemeldet habe. Kläger wurde mit seiner Klage abgewiesen und hat die Kosten des Streitverfahrens zu tragen; das sind 5,20 Mk. Die Abweisung wurde damit begründet, daß ein Malbes von Abhandkommen des Gezuges gelegentlich einer von Betriebsführer unternommenen Grubenfahrt nicht als ausreichend gelten könne. Da wird den Kameraden, die das Fehlen von Gezügen bemerken, denn nicht anderes mehr übrig bleiben, als Einschreibebriefe mit der Verurteilung an die Betriebsverwaltung zu richten, denn gesprochenes Wort vergeht, geschriebenes besteht.

Aus den Bergschiedsgerichten.

Delsnig. (Sitzung vom 26. Mai.) Zur Verhandlung standen drei Verurteilungen gegen die Knappschaftsberufsgenossenschaft Section VII. Der Hauer Eröbe in Heinrichsdorf hatte auf Vereinstag durch hereinbrechende Dede am 20. September 1905 eine schwere Fußverletzung erlitten, wofür er, dem Gutachten des Professor Dr. Braun in Zwickau entsprechend, für die Unfallfolgen eine Rente von 50 Proz. ab 13. Januar, wo er als geheilt entlassen wurde, erhält. Er beantragt bis 5. Mai, wo er wieder leichte Arbeit beim Werke in der Lampenstation angenommen hat, eine Rente von 75 Proz. Das Schiedsgericht erachtete die 50prozentige Rente für ausreichend und verwarf die Berufung. — Ein gleiches Schicksal erfuhr die Berufung der Bergarbeiterswitwe K. L. e. m. u. in Delsnig. Ihr Ehemann war am 28. November 1905, nach den einstimmigen Zeugnissen der Dr. Frank und B. Passenge in Delsnig, welche die Leiche sezert haben, an Magenkrebs gestorben. Die Witwe will die Todesursache ihres Ehemannes auf einen, vor etwa 15 Jahren erlittenen schweren Unfall (Schlüsselbruch) zurückführen. Sie behauptet, ihr Ehemann habe ihr gegenüber stets über Magenbeschwerden geklagt, während sich in den verschiedenen ärztlichen Zeugnissen aus dieser Zeit keine Angabe über Magenbeschwerden auffinden läßt. Es wurde wie oben erkannt. — Eine ähnliche Sache war die Berufung der Bergarbeiterswitwe Schulz in Delsnig. Ihr Ehemann war am 18. Dezember 1905, nach dem Zeugnis des Dr. Passenge in Delsnig, an Lungentuberkulose gestorben. Am 11. August 1905 hatte Schulz auf Deutschland einen Unfall dadurch erlitten, daß er ein im Schacht hängen gebliebenes, circa 4 Meter langes Stück Bauholz los machte und seinen Kameraden auf die Höhe zuschob. Nach diesem Vorgang hatte er sein Kameraden mitgeteilt, daß sich bei ihm ein Blutruhr eingestellt habe, der sich mehrmals, zuletzt am 8. Dezember 1905 wiederholte. Der persönlich als Zeuge vernommene Dr. Passenge bestreitet einen ursächlichen Zusammenhang der Todesursache mit dem Unfall am 11. Aug. 1905, und läßt weiter an, daß er schon am 16. August 1905, als Schulz in seine Behandlung kam, eine weit vorgeschrittene Lungentuberkulose vorgefunden habe, die in absehbarer Zeit den Tod zur Folge haben müsse. Die Klägerin machte dagegen geltend, daß ihr Ehemann noch kurz vor seinem Tode circa 40 Tage gearbeitet habe, es daher unwahrscheinlich sei, daß er an Lungentuberkulose gestorben sein könne. Mit Rücksicht darauf beschließt das Schiedsgericht die Einholung eines Obergutachtens durch Professor Gosmann in Leipzig; weiter will es Erhebung beim Werke bezüglich der angefallenen 40 Tage Arbeitszeit einholen. Die Sache wurde vertagt. Schulz war 32 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe mit fünf unermöglichten Kindern, die insgesamt von der Allgemeinen Knappschaftspensionskasse eine monatliche Rente von 17,95 Mk. beziehen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Das größte Braunkohlen-Industriunternehmen Deutschlands, die Liebeder'schen Montanwerke (Bezirk Halle), hat 1905 ein sehr gutes Geschäftsjahr gehabt. Die „Industrie“ berichtet darüber: Das verfloßene Geschäftsjahr übertraf laut Bericht des Vorstandes die gehegten Erwartungen insofern, als der Warenausgang um rund 1 300 000 Mark größer als im Vorjahre war, indem er von 11 942 509,20 Mark auf 13 249 087,15 Mark stieg und dadurch mit 735 411,90 Mark über den bisherigen höchsten Umsatz (1903/04) hinausging. Dabei waren die Preise nur wenig verändert, teilweise, namentlich für Kernen niedriger als im Vorjahre, und nur dem fiktiven Abgang unserer Produkte bei gleichzeitiger Liquidierung der aus dem Vorjahre übernommenen Lagerbestände ist es zu danken, daß unser Gewinnüberschuß von 2 554 811,88 Mark auf 2 754 526,77 Mark stieg, der nach reichlich bemessenen Abschreibungen (1 148 217,13 Mark gegen 1 040 628,37 Mark im Vorjahre) die Verteilung von 12 Prozent Dividende zuläßt. Alle Betriebe waren bis zum Jahresende angestrengt und — von einer kurzen, durch ein Schadenfeuer veranlaßten Unterbrechung der Bricketfabrikation auf dem

sch wie tolle Tiere auf Waf zu klingen. Unser Genosse wurde gestochen und herumgewirbelt, als sollte er als Steger verbrannt werden. Und das geschah unter den Augen des Amtsvorsetzers und seines Amtsbieners. Hoch der Zentrumsagitation, daß dem Treiben verguldet zu. Man hob Waf aus dem Sack hinaus, und als er seinen Hut und ein Mädelchen aus dem Sack holte, ließ man ihn nicht hinein. Die christliche Welt drohte, eine Umgehung wegen Ausfriedensbrüche zu machen. Obgleich weigerten sich die Christen, die Sachen herauszugeben. Nach einiger Zeit kamen der Amtsvorsetzer und der Amtsbieners; der Letztere trug das Eigentum des Kameraden Waf. Dieser forderte nun seine Sachen zurück, doch das Auge des Geschehens meinte, die wider — Beschlagnahme! Doch wies die beiden auf ihre ungesetzliche Handlung, welche ihn und darauf wurden ihm die „Beschlagnahmen“ Sachen ausgereicht. Kamerad Waf erhub sich, daß ein Holzhandler und ein Schuhmachermeister am meisten auf ihn eingegangen haben. — So kämpft man in Zentrumsagitation gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften. Und dabei erlangt man nicht einmal Erfolge. Denn die oben beschriebene Versammlung sollte eine Mauererversammlung sein — doch nur ein Mauerer aus Weipin unter den 30 Personen aufweisend. Und zu dieser Versammlung war der Agitator noch nicht sieben Gesinnungsgenossen aus Diechau erschienen. Also selbst in den Zentrumsagitationen wollen die Arbeiter von der christlichen Organisation nichts wissen.

Nicht radikale Thesen — sondern Zahlen beweisen! Im Zimmergenosse besteht auch eine „Anstaltsgruppe“, die sich „Freie Vereinigung“ nennt und dem Anarcho-Sozialismus fröhnt. Sie war auch auf dem „Kongress“ der Sozialisten vertreten. Der Zentralverband der Zimmerer wird von den Sozialisten jetzt bekämpft. Niedrige Beiträge und tabuläre Präsenzen dienen als Lockspiele für angeworbene Mitglieder. Daß über den Zentralverband der Zimmerer in der gewöhnlichen Weise losge—gogen wird, versteht sich am Rande. „Unabhängige Organisation“, „berufsmässige Gerichte“, „lärmende verhältnismässige Agitationsweise“, „Bevölkerungsrecht“, „unnatürliche Organisationsgebilde“ bilden die Kraftausdrücke im Bericht. Die Behandlung der Organisation gegenüber dem Zentralverband zeigen folgende Zahlen:

Jahr	Freie Vereinigung	Zentralverband
1899	1786 Mitglieder	24 208 Mitglieder
1901	2058 "	24 193 "
1903	2283 "	30 937 "
1905	3740 "	43 924 "

Un Streikunterstützung wurden verausgabt:

Jahr	Freie Vereinigung	Zentralverband
1899	3 108,60 Mark	91 081,50 Mark
1901	2 802,15 "	98 085,08 "
1903	3 558,25 "	196 888,95 "
1905	1 439,55 "	356 094,38 "

Die liberalistischen Sozialisten gaben 1905 pro Mitglied rund 50 Pfg. für Streiks aus, der „versumpfende“ Zentralverband dagegen gab pro Mitglied für Streiks über 8 Mark aus. Wer von diesen beiden die eigentliche Kampfgewaltorganisation ist, kann nun jeder an seinen fünf Fingern abzählen.

Verfälschtes Liebeswerben. Um den Unternehmern Helfersdienste zu leisten, hat der frühere Gärtner, jetzige Generalsekretär der Bergleute, Franz Wehren, eine „christlich-nationale“ Gärtner-Organisation geschaffen. Auf der unlängst in Essen stattgefundenen Generalversammlung der niederrheinischen Handelsgärtner erklärte der Vorsitzende Herr Gsch:

„Die Christen haben zwei Verbände; es wird gesagt, der eine ist rot, der andere national und christlich; im Grunde genommen ist es aber ein Gemische, ob rot oder christlich-national!“

Kamerad Wehren! Mit sein Götzen um die Unternehmerngunst, alle seine Empfehlung der braven „christlich-sozialen“ Gärtner erwidert die Unternehmern nicht. „Es ist ein Gemische, ob rot oder christlich-sozial.“ „Unser Franz“ mag sich treiben, sein Liebeswerben ist wenigstens „hilflos“ von den Gemisegärtner zurückgewiesen worden.

Internationale Rundschau.

Die ungarländischen Gewerkschaften haben 1905, wie Kollege J. S. J. Budapest im „Correspondenzblatt“ mittelt, erfreuliche Fortschritte gemacht. Er schreibt: „Die Gesamtmitgliedergahl betrug am 31. Dezember 1905 laut den eingelangten Ausweisen 3014 Frauen und 68 189 Männer, somit 71 178. Im Jahre 1904 waren 63 109 Arbeiter organisiert, so daß sich eine Steigerung von 18 009 Mitgliedern ergibt. Von diesen 71 178 Mitgliedern entfallen auf Budapest 34 717, auf die Provinz 36 460. Die Steigerung der Mitgliederzahl in den letzten fünf Jahren zeigt folgende kleine Tabelle:

Jahr	Mitgliederzahl der Gewerkschaften	In Prozent der Gesamtbevölkerung
1901 am 31. Dezember	9 900	2,39
1902 "	15 270	3,85
1903 "	41 138	9,84
1904 "	53 189	12,72
1905 "	71 178	15,07

Der Mitgliederzuwachs in absoluten Zahlen und in Prozenten stellt sich folgendermaßen:

Jahr	Mitgliederzuwachs	Prozent
1902	5 271	52,72
1903	25 868	169,90
1904	12 031	29,25
1905	18 004	33,86

Nach diesen haben unsere Organisationen während vier Jahren um 61 174 Mitglieder zugenommen, was gegen die 9999 im Jahre 1902 eine Zunahme um 600 Prozent bedeutet. Mit Bedauern muß konstatiert werden, daß die Fluktuation der Mitglieder eine überaus große ist. Zu Tausenden treten neue Mitglieder den Verbänden bei, doch bleiben wieder Tausende weg. Besonders aber ist dies in jenen Organisationen zu konstatieren, wo noch keine Unterstützung eingeführt ist. Es zeigt dies ganz genau, was sich die Gewerkschaftsverbände vor Augen halten sollen, um die einmal für die Organisationen gewonnenen Mitglieder auch dort festhalten zu können. Die erhöhten Steuern und Ausgaben der Organisationen entsprechen dem Mitgliederzuwachs. Die Steuern betragen im Jahre 1905 285 167,01 Kronen mehr als im Jahre 1904. Daraus betrug die Gesamtentnahme 846 820,32 Kronen, im verfloßenen Jahre aber schon 1 191 987,33 Kronen. Diese Summen auf den Mitgliederbestand aufgeteilt, ergibt, daß ein Mitglied 15 Kronen 90 Heller pro Jahr Beitrag leistet. Es ist natürlich, daß den höheren Steuern auch größere Ausgaben gegenüberstehen, und zwar waren die Gesamtentnahmen im Jahre 1904 706 520,77 Kronen, im Jahre 1905 aber schon 878 267,10 Kronen, daraus ergibt sich eine Mehrausgabe von 171 746,33 Kronen.

Mißstände auf den Gruben.

Aubrevier.

Sehe Adolf v. Sausmann. Ein Kamerad, der im vorigen Jahre ausgereist war, erhielt hier Bescheid: Da derselbe stark mit Alkoholismus behaftet ist, wurde er mehreremale transportiert, das letztmal längere Zeit. Er erkrankte, da er die letzte Lohnklasse hat, 2,40 M. Lohnklasse. Er wehrt sich mit seiner Familie, sieben Kinder, während der Krankheit bezahlt werden. Wenn er auf wieder arbeite, der Hunger seiner Kinder. Seine Waise bekam er die Abkehr, da man schwächliche Leute nicht auf Hauptmann brauchen kann. Der Kamerad sagt nun, er er andere Arbeit bekommt, dasheim und denkt über die herabwürdigen „Wohlfahrtsvereinigungen“ der Gruben sowie über die „geschätzte“ Erlöse bis ins hohe Alter nach. Erst jetzt wird ihm klar, was seine mit nachfolgenden Zeiten andeuten wollte:
Wenn Du aber gar nichts hast
Ach, so lasse Dich begeben.
Denn ein Recht zum Leben, Kampf,
Haben nur, die etwas haben.

Sehe Eintracht, Schacht Heimmann. Allwöchentlich wird hier etwa ein einhundert Schicht verfahren, doch nicht genug damit, es gibt noch Kameraden, die noch freiwillig halbe und Doppelschichten hauen müssen. Sollten denn diese Leute ihre Gesundheit so gering, daß sie solche mit Gewalt mürren? Und mit der Selbstlosigkeit Haupt erheben sie sich? Die Selbstfahrt beginnt des Morgens öfters um 7 Uhr, um durchschnittlich eine Viertelstunde zu dauern. Des Morgens um 8 Uhr, bis der erste Schicht am Tage ist. Dieser bis

die Ausschuhmittglieder nicht oder wollen sie das „gute Einvernehmen“ nicht fördern? Im Revier des Steigers Brünner blies für Herbstschaffung des nötigen Holzes besser gesorgt werden. Derselbe ist das gelieferte Holz von der Luft, daß ein Mann gar nicht damit umgehen kann. Auch die Kasse könnte etwas größer sein. Für Abschaffung der Mißstände möge die Verwaltung baldigst Sorge tragen.

Sehe Schacht II. Die Schichtunterschiede auf diesem Mütt wird folgendermaßen gehandhabt. Die Selbstfahrt fängt morgens um 1/2 Uhr an, die Schichtunterschiede fängt auch um diese Zeit ein und um 1/2 Uhr aus. Das sind doch sicher sechs gute Stunden. Mittags wird um 2 Uhr angefahren und um 9 Uhr aus. Auch eine sechs Stunden Schicht! Es liegt ja auch bald Grund vor, die Leute länger als sechs Stunden vor den heißen Orten zu lassen, denn bei dem „guten“ Bedinge könnte es ihnen vielleicht mit ihrem „hohen“ Verdienst am Tage zu wohl werden. Wie wurde doch in der Sitzung des Ausschusses vom Vorkommen gefagt: „Die Wohnausbesserung wird mit dem einzelnen Arbeiter geregelt.“ Aber fragst du nur nicht? Im Revier V, Steiger Wollny, wird bei einer Höhe von 30 Grad und darüber manchmal der „schöne“ Lohn von 4,40—4,50 M. verlohnt. Die Kameraden, die Schichtunterschiede erhalten, haben allen Respekt vor dieser „Begünstigung“. Bei der Ausfahrt geht es auch oft nett zu. Unschickler Klammern kleben sich öfters zu verhalten, denn bis zu 40 Mann gehören denn doch nicht auf einen Stock auf Schacht II. Oder sind die Schichtunterschiede leichter als diejenigen, die acht Stunden verfahren? Auch ist es schon passiert, daß diejenigen, die auf Schacht II nicht mit ausfahren konnten, von dem Schichtaufseher nach Schacht I geföhrt und dort mit vier Wagen Kohlen zusammen jutage geschleift wurden. Dadurch hatten sie noch den Frost, 20 Minuten später als ihre Kameraden am Tag zu kommen. Noch etwas aus dem Revier V, Steiger Wollny. Am 25. Mai verunglückte hier ein Kamerad, doch nur keine Rede vorhanden, um ihn zu bedenken. Man mußte erst aus einem andern Revier eine herbeiholen. Es könnte dasse geort werden, daß in jedem Revier das zum Transport für Verunglückte Abzüge vorhanden ist. Vielleicht steht hier die Verwaltung einmal nach dem Rechten.

Sehe Gladbek, Wollenschichte. Der Herr Minister und andere hohe Herren haben vor kurzer Zeit diese Sache sicher in der Ueberzeugung verlassen, daß es hier keine Mißstände gebe. Sehr viel neuen Ansehens haben sie gesehen. Es sollte nur noch, daß die Strecken, die passiert werden, mit Teppichen ausgelegt worden wären. Eigentümlich ist auch, daß die Besucher stets in ein und dasselbe Viertel geföhrt werden. Es scheint, als wenn diese Dertter für solche Besuche extra verwahrt würden. Auch war an selbigem Tage die Tafel, auf der die Nummern der unternen Posten notiert werden, um nachher die betreffenden Leute zu bestrafen, blicklos. Am andern Tage dagegen erstrahlte dieselbe in schöner Kreidezeichnung. Ein natürliches Bild vom Zustande dieser Sache haben die Herren jedenfalls nicht gesehen. Es gibt auch hier Arbeitspunkte, die mit Grauen von den Arbeitern betreten werden. So wird in manchen Orten sehr über hohe Temperatur geklagt, und bringen die Arbeiter der Gegenkapel, mit welcher die Beamten die Wärme messen, das größte Mißtrauen entgegen. Die Thermometer, welche sich die Arbeiter mitbringen, zeigen öfters eine höhere Temperatur an. Auch gibt es hier noch riesige Feuerlöcher. So verdiente eine Kameradschaft im Revier II des Steigers Trich pro Schicht 4,32 M. Einer derselben mußte am Sonntag noch 60 Pfg. mitbringen. Als er den Steiger um Vorfuß bat, meinte derselbe, er habe jetzt keine Zeit, er solle besser arbeiten, dann verdiene er auch mehr. Wahrscheinlich ein schlechter Vort für einen Familienvater, gegeben von einem seinen Nächsten liebenden Christen. Auch bedienete sich die jungen Steiger öfters recht unständiger Ausdrücke. So wurde neulich ein Invalide mit „unanständiger Reel“ angeredet. Notwendig wäre auch, den Waisen von Zeit zu Zeit etwas Milgnuß einzugeben, damit die aussehend chronische Verstopfung beseitigt würde. Ueber die Verteilung der Unterstützungsgelder hört man auch Klagen und wird so manches gemunkelt. Ein Arbeiter, der aus dem Verbanne in den Gewerkschaft ging, erhielt 10 Mark, ohne daß nur eine Schicht zu feiern. Ein Invalide, der infolge eines Luftalles seit 1 1/2 Jahren vollständig erwerbsunfähig ist und bis heute noch vergeblich um seine ihm zustehende Rente prozessiert, erhielt ganze 5 Mark. Ein anderer, mit gleichen Leiden behafteter Invalide mit zahlreicher Familie erhielt gar nichts, doch hat, vor einem Monat erhielt derselbe ganze 6 Mark in die Hand gebracht. Wahrscheinlich, aus Nebermut kommt ein solcher Mann nicht gelaufen, die Not treibt ihn dazu. Einem solchen Arbeiter, der wegen seines Zustandes die größte Schonung verdient, so etwas an den Kopf zu werfen, ist für die Herren tief beschämend. Um alles Vorstehende möchte sich lieber der Ausschuh kümmern, resp. seine Ansicht in Verteilung der Unterstützungsgelder ändern. Es scheint aber, als wenn man mehr Wert darauf lege, diese Arbeiter bei den Beamten als Sozialdemokraten zu denunzieren. Mit dem Händbedrücklassen vom Herrn Minister, sowie mit dem Kopfschütteln auf die Frage desselben, ob sie auch Wünsche hätten, ist der Belegschaft nicht gedient. Damit kann man das Mißtrauen, welches die Belegschaft gegen die Ausschuhmittglieder hegt, nicht beseitigen.

Sehe Graf Weust. Auf den Artikel in Nr. 14 unserer Zeitung bringt die Verwaltung der Zeche Graf Weust in Nr. 19, also nach fünf Wochen eine Verichtigung, worin unsere gemachten Angaben bestritten und gefagt wird: „Auf Grund einer aus eigenem Antrieb hervorgegangenen Erklärung der Bauer Leß und Zimmerhauer des Steigers Foote im fünften Revier ist es unrichtig, daß dieser Beamte die Arbeiter mißsichtlich brutal behandelt und mit Beschimpfungen überhäuft. Weiter wird bestritten, daß chronischer Holzmannel im genannten Revier herrscht oder wenigstens bis dahin geherrscht hat, und auch die beiden Todesfälle, so heißt es, seien nur aus einem unglücklichen Zufall zurückzuführen. In der Verichtigung heißt es, die Arbeiter hätten aus „eigenem Antriebe“ eine Ehrenklärung für Steiger Foote abgegeben. Tatsache ist, daß nach Erscheinen unseres Artikels im genannten Revier mit feierhafter Eile Unterschriften gesammelt wurden. Trotzdem hat es fünf Wochen gedauert, bis die Verichtigung erschien, und darin sagt man merkwürdigerweise von diesen Unterschriftenjammeln nichts, ein Beweis, daß es mit dieser Massenuntergebung recht windig bestellt sein muß. Oder schämt man sich dessen hintennach? Die Unterschriften sind von einem Förderaufseher gesammelt, der denen, die sich zu unterschreiben weigerten, erklärte: „Wer nicht unterschreibt, von dem nimmt die Verwaltung an, daß er den Artikel geschrieben hat.“ Dieser Wind mit dem Jauchzettel genügt in vielen Fällen, um die sich Weigernden mißsichtlich zu machen. Es haben aber auch Schlepper und Pferdejugen unterschrieben, die von den Verhältnissen absolut keine Ahnung haben. Was sagen die Herren dazu? Der Arbeiter, der bei dieser Gelegenheit die Unterschriften sammelte, hat bei Gelegenheit der vorjährigen Reichstagswahl liberale Stimmzettel verteilt. Von einem Freunde gefragt, ob er das Ueberzeugung mache, erwiderte er: „Aus Ueberzeugung, nein! — Aber ich bin alt und meine Knochen sind ruiniert, ich kann nicht mehr, ich bin auf und darum will ich mir meine Erlöse so weit wie möglich sichern.“ Die Komödie des Unterschriftenjammels ist aber auch schon bei einer früheren Gelegenheit auf Graf Weust inszeniert worden. Im Herbst 1904 vor Ausbruch des Streiks waren die Mißstände dort in der Presse gerügt worden. Umstätt Abhilfe zu schaffen, wurden Unterschriften gesammelt, und dem Arbeiter, den man in Verdacht hatte, den Artikel geschrieben zu haben, wurde gekündigt, trotzdem derselbe den Artikel nicht geschrieben hatte und auch nicht der Veranlasser war. In einer öffentlichen Belegschaftsversammlung, die sich mit den Mißständen auf Graf Weust beschäftigte, gab der Obersteiger das Versprechen, daß keiner der Arbeiter, welche die Mißstände wahrheitsgemäß zur Sprache brächten, benachteiligt werden sollte. Wie ist dies gehalten worden? Maßregelungen waren die Folge. Auch unserem verstorbenen Vorkämpfer J. J. Schneidher wurde wegen eines Artikels in der „Bergarbeiter-Zeitung“ die Arbeit gekündigt, trotzdem er denselben weder geschrieben noch veranlagt hatte. Auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat schon ihren Prozeß mit der Zeche Graf Weust gehabt und wurde auch wegen formaler Beleidigung verurteilt. Aber moralisch gerichtet wurde hierbei die Zecheverwaltung, denn der Wahrheitsbeweis wurde vollständig erbracht, schreiende Zustände wurden enthüllt. Und trotzdem magt es die Zecheverwaltung jetzt, neuerdings zu herrschen, trotzdem das, was sie angeblich berichtet, den Tatsachen entspricht! Die Behandlung der Arbeiter läßt nicht nur von Seiten der unternen Beamten, sondern auch von Seiten des Betriebsführers Alkenhof selbst viel zu wünschen übrig. Die Abortfässer sind bis vor Erscheinen unseres Artikels vielfach in schauerhaftem Zustande gewesen. Vielfach waren sie betatt überfüllt, daß sie überfließen und ihr Inhalt sich in die Wasserseige ergoß. Dieser übergelassene Urat wurde dann in Förderwagen geladen und in den Strecken als Bergverfah benutzt. Manchmal bewegten sich unter den Beckeln der Abortfässer Regionen von Maden und Würmern, jedoch kein Mensch sie benutzen konnte. Sind das nicht schauerhafte, ekelergende Zustände, und da wagt man noch zu behaupten, die Spärwart beim Holz ist außerordentlich. So wird in den Strecken, unbekannt um die Gesundheitsgefahr, das Holz feigs Fuß weit auseinandergelegt. Häufig sind Arbeiter, die mit Rücksicht auf die Verhältnisse das Holz enger

setzen, von den Beamten angefaßt worden. In kurzer Zeit sind auf Graf Weust vier Arbeiter tödlich durch Steinfall verunglückt und sechs teils schwer, teils leichter verletzt. Und trotzdem heißt sich die Verwaltung in dem Bewand der Unschuld; es sollen keine Mißstände vorhanden sein. In die Arbeiter von Graf Weust rüchten wir das Geschehen, gegen solche Zustände Front zu machen, dadurch, daß sie sich der Organisation anschließen. Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der Hand mit ans Werk legt und sie erkämpfen hilft.

Sehe Weuste, Schacht III und IV. Der Schichtaufseher Ottenjahr scheint durch herausfordernde und cynische Redensarten gegenüber ihm unterstehenden Arbeitern seine Qualifikation zu etwas höherem Beweisen zu wollen. Wir glauben, daß er doch in erster Linie dazu da ist, um am Schachte Ordnung zu halten. Es kommt häufig vor, daß ein durchgehender Pferdezug mit am Fußort stehenden Wagen in Kollision gerät. Die Pflicht des Schichtaufsehers ist es dann, die am Schacht Arbeitenden, die keine Zeit haben, sich um das zu kümmern, was hinter ihnen vorgeht, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, dafür ist er angestellt. Wir fragen nun Herrn O. ist es erlaubt, daß der Schichtaufseher, während der Betrieb im vollen Gange ist, einfach an Lohn- und Abschlagtagen ausfährt und zum Lohnschalter pilgert? Im Lohnschalter kommt natürlich ein solcher „Beamtete“ eher dazu sein Geld zu erhalten, wenn auch noch so viele Kameraden vor ihm wären. Die Verwaltung mag Herrn O. einmal auf die Pflichten und Rechte eines Schichtaufsehers aufmerksam machen.

Sehe Neu-Stein, Schacht II. Die Verwaltung dieses Mütt scheint so langsam ihre thätigsten Arbeiter loswerden zu wollen. So wurde im Monat März vier, im April fünf und im Mai einen Mann gekündigt und zwar waren unter diesen Kameraden welche, die in den letzten Monaten 0—3,60 M. pro Schicht verdienten. Also sicher keine Faulenzer! Wehhalb wurde diesen Leuten wohl gekündigt? Die Verwaltung mag sich auch etwas um das Revier des Steigers Klammern und die dort existierenden mittelalterlichen Zustände der Neugeit gemäch einrichten. Auch auf die Arbeitsordnung könnte der Herr hingewiesen werden, will er doch nach Weichen am 1. oder 15. des Monats das Bedinge kürzen und das veraltete Bedinge blickt als bestehend betrachtet wissen. Die noch unorganisierten Arbeiter haben lange sich dagegen aufzuhören, da sie der Meinung sind, dann „andere“ Arbeit oder gar keine mehr auf Neu-Stein zu bekommen. Diesen Kameraden aber rufen wir zu, organisiert euch, kauft mit alte Rechte des Bergmanns zu verteidigen und neue zu erklangen. Nur eine starke, einig Organisation bietet uns die Gewähr, vor Uebergriffen der Unternehmers geschützt zu sein.

Sehe Preussen, Schacht I. Trotz der „Verichtigung“ in Nr. 21 unserer Zeitung müssen wir uns nochmals mit Herrn Betriebsführer De la h a y e beschäftigen. Ganz abgesehen davon, daß von einer Verichtigung im Sinne des Pressgesetzes keine Rede sein kann, wissen wir doch, wie beratige Verichtigungen zustande kommen, denn das hat uns ja Herr S i l b e noch vor kurzem im Landtag vertreten: alles auf Krammendo von „oben“. Wiederholt ist in Versammlungen usw. über die Schlagfertigkeit und „gebildete“ Ausdrucksweise des Herrn Delahaye geklagt worden. Im Januar d. J. wurde ein Arbeiter vom Herrn Betriebsführer so zugerüht, daß dieser infolge der Züchtigung sechs Tage laut Krankenschein sehen mußte. Dieser wurde am 12. April ein Arbeiter von Herrn De la h a y e derartig geschlagen, daß die Folgen dieser Mißhandlung eine Krankelezert von 14 Tagen notwendig machten. Ein altes Sprüchwort sagt: „Wie der Herr, so 's Gescheh!“ Und so kommt es denn, daß sich auch einer der Herren-Unterbeamten seinen Vorgesetzten zum Vorbilde nimmt. Die diergehährigen Jungen, die im April 1908 nach ihrer Schulabschluss auf Schacht I angelant wurden, hatten, da sie glaubten, ungerecht behandelt worden zu sein, einen kleinen „Aufbruch“ inszeniert und wurden daher mit 1-Mark bestraft, trotzdem der Verdienst nur 1 Mark bis 1,20 Mark beträgt. Der Herr Betriebsführer, gibt Ihnen das Recht, diese Jungen mit vollem Arbeitsverdienst zu bestrafen oder ist die Gesetzesbestimmung — vonach nur bis zur Hälfte des täglichen Arbeitsverdienstes bestraft werden darf — nur dazu da, um von Ihnen umgangen zu werden? Dieses Geschehen mit den richtigen Worten zu kennzeichnen, ist selber unüblich, da sich die Herren in der Form gekränkt fühlen könnten und daß wir dann nach unserer heutigen Rechtsordnung die Kürzeren gehen, wissen wir. Wir begnügen uns daher mit dem wirklichen Tatbestand und erwarten, daß hier einmal die Vergeltung nach dem Rechte steigt. Eine Verichtigung zu obigen Angaben ist zwecklos, sondern sollten Sie annehmen, Herr Betriebsführer, Sie seien zu Unrecht kritisiert worden, so beschreiben Sie den Klageweg und wir werden dann Gelegenheit haben, vor Gericht die Mißstände der Zeche Preussen I aufzudecken.

Sehe Schläger und Eisen, Schacht III und IV. Von diesem Mütt wird uns folgendes mitgeteilt, das zwar kurios lautet, aber doch möglich ist: „N i e m a n d kann hier sich alles erlauben; N i e m a n d hat Gesekräfte, N i e m a n d probiert seine Gesekräfte um Arbeiter zu prügeln, N i e m a n d hat wieder am O. Mai gezeigt, daß man Arbeiter „human behandelt“, N i e m a n d soll wegen solch „humaner Behandlung“ angeklagt sein.“ Wenn man dies durchliest, kommt man zu dem Gedanken, sollte mit N i e m a n d doch J e m a n d gemeint sein?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Nordstern. Hier wurde im verfloßenen Jahre eine neue Foksanlage hergerichtet. Es wäre nun an der Zeit, daß die Verwaltung für die dort beschäftigten Arbeiter eine Kantine herichtet, damit dieselben bei ihrer durch die große Hitze besonders mühsame Arbeit auch ihren Durst löschen könnten. Es ist wohl Trinkwasser vorhanden, aber die Arbeiter werden bei der übermäßigen Hitze durch den fortwährenden Wassergenuß schlapp und marode. Es wäre angebracht, diesen Leuten zum Selbstkostenpreise Kaffee, gekochte Milch oder andere Getränke zu verabsorgen. Vielleicht zeigt die Verwaltung hier etwas Entgegenkommen und sorgt dafür, daß die Foksarbeiter bei ihrer anstrengenden Beschäftigung billig einen Labretunk nehmen können. Es sollte nicht immer erst eines Hinweises in der „Bergarbeiter-Zeitung“ bedürfen, um beratige Einrichtungen zu schaffen. Der Bergarbeiter fühlt sich auch als Mensch und will als solcher geachtet werden. Kameraden, erzwingen wir uns diese Achtung, indem wir uns dem Verbanne der Bergarbeiter Deutschlands anschließen und diesen stärken. Einigkeit macht stark und führt zum Ziel.

Hannover, Braunschweig, Hefen-Tippe.

Gewerkschaft Deutschland bei Wecken. Im Kalkschacht dieser Gewerkschaft fand der Bauer J i n g e seinen Tod. Derselbe befand sich auf dem im Schachte befindlichen Fangbock und wollte in den Förderkabel springen. Er sprang fehl und stürzte in den 60 Meter tiefen Schacht. Gerade in diesem noch im Abreufen befindlichen Schacht sind in letzter Zeit verschiedene Unfälle vorgekommen. Es wird uns von dort berichtet, daß es vorkam, daß die Schüsse statt mit der Kante einfach mit Dynamit angezündet wurden. Der betreffende Drittführer wollte angeblich die Watone lang und zündete sie an. In einem solchen Falle sei ein Funken auf einen fertigen Schuß gefallen und drei Kameraden verunglückt. Die Betriebsverwaltung, welche — wie wir annehmen — von diesem kuriosen Schiffschaßeln nichts weiß, muß die Drittführer mit dem bezüglichen Vorschriften bekannt machen und für deren strenge Beachtung sorgen. Ferner wird darüber geklagt, daß die Förderkabel zu voll gefüllt werden, dadurch Salzkruste den Schacht hinaufsteigen und unten Arbeitende verletzen. Auch hier muß von der Verwaltung darauf gesehen werden, daß die Fördergefäße den Bestimmungen gemäß nur bis eine Handbreit unter den Rand gefüllt werden. Herr Obersteiger B u e w e i s möge sich lieber darum kümmern, anstatt es den Leuten zu verargen, wenn sie bei Unfallsuntersuchungen die Wahrheit sagen. Erscheinen die Revierbeamten, dann wird in den Schacht hineingerufen, die Förderkabel nicht zu voll zu laden, sind sie wieder weg, so geht die alte Leier wieder an. Auch sind wir der Meinung, daß die Bestimmungen des preußischen Verggeseßes auch für den Deutschlandschacht Geltung haben. Doch scheint dem nicht so, denn wenn zwischen zwei verfahrenen Schichten nur eine Ruhepause von einer Stunde ist, stimmt die Sache nicht mehr ganz. Und hier ist dies schon vorgekommen. Einzelne Arbeiter hatten bis zum 21. Mai schon zehn Ueberföhungen. Wie können das die Leute bei einer solch anstrengenden Arbeit aushalten? Gibt es denn auch solche, die wenn sie sich auch etwas schonen, doch auf die „Gute müdigkeit“ des Unternehmers rechnen können? Uns wird wenigstens öfters mitgeteilt, daß sich verschiedene Ueberföhler als sog. Schwellmedler bezertuen. Kameraden, kommt zur Vernunft, schließt euch der Organisation an und seid einig, dann wird es uns ein Leichtes sein, auf Abschaffung der Mißstände zu dringen, deren Bestehen schon mancher zum Krüppel machte oder ihm den Tod brachte. Geht mit besserer Lohn und Arbeitsverhältnisse herbeiföhren, es ist dies doch sicher ein Ueberföhler zur Freude des Unternehmertums und zum Segnen der Gesundheit zu verfahren.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Brandenburger... Die Besetzung... Am 2. Mai hier verschiedene Kameraden gefolgt...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Widmardtschacht Weiskstein. Einen sehr schnellen und bei der Arbeiterschaft beliebten Steiger hat die zehnte Abteilung in der Person des Herrn Franz bekommen...

Städtisches Steinkohlenbergwerk König. Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein, ein schöner Ausspruch, doch wenn es nur so wäre...

Zintergruben Sammelstätte. Im Monat April letzte die Belegschaft dieser Grube nach dem Lohnstage die Arbeit nieder...

Berichtigungen.

Bohum. In Nr. 20 der „Bergarbeiter-Zeitung vom 19. Mai d. J.“ S. 4, befindet sich eine Notiz unter der Marke „Zeche Constantin IV.“...

verschiedener Belegschaftsmitglieder und nach unseren eigenen Beobachtungen, ist das unruhige Verhalten...

Steinkohlenbergwerk Nordstern. Die Vernehmung fand am folgenden Vernehmungstag mit Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Nachrichten der Belegschaften.

Als vor zwei Jahren eine stöbliche Ruhrgebe nach der anderen von den Großen angefaßt und zur Stilllegung vorbereitet wurde...

Christliche Denunzianten.

Welche Früchte die Belegschaftsarbeit der Gewerkschaftsleitung und des „Werktagers“ zeitigt, lehrt folgender Vorfall. Ein Mitglied unserer Ortsverwaltung in Kupferdreh war kürzlich auf dem Wege...

Ein Gerichtsurteil über „Christliche Gewerkschaften“.

Weil im Prozeß Hanlamer das Urteil aussprach, der Bergarbeiterverband sei eine politische Organisation, hat die W. Gladbacher Presse geschloßfolgert, nimmeh sei der „parteiliche“ Charakter...

Zeitungsgewerksverein, sind auch in diesen Fragen mit dem Zentrum einverstanden gewesen. Wenn schon das Gerichtsurteil...

Bohum. Der geschätzte Brunnenvergifter wußt sich krampt, halt ab, durch „gestrichel“ sein folgende Schreibungen eine „überlegene Intelligenz“ zu dokumentieren...

Bohum. Die Arbeiter mit salbungsvollen Reden abgepreßt zu haben, das darf von einem Grubenbeamten nicht behauptet werden, das ist eine Beleidigung und kostet 50 Mark...

Bohum. Grobes Leid ist über alle christlichen Völkern gekommen und ist der Urheber kein anderer als der preussische Handelsminister Delbrück. Am Mittwoch, den 30. Mai, stand das vom Preussischen Landtag verabschiedete Knappschaftsgesetz...

Stimme wurde beschlossen, bei dem Begräbnis eines Kameraden, den...

Witten. Das Hauptstellenfest wird laut Beschluss der Zahlstellen...

Dortmund. Sonntag, den 27. Mai, fand hier Seitenstraße 28 die...

Glückstadt. Unlängst wurde im "Bergknappen" (Nr. 20) gegen die...

Grumme. Herr Gastwirt H. Alstriet teilt uns mit, daß ber...

Wengde. Da sich der Wirt Bogt (Zum Aimmerbaum) noch...

Nieder-Bonsfeld. Der Kranzengelzschuß wird jeden Sonntag...

Despel L. Auch hier steht das Ueberzichtenwesen in Blüte. Es...

Schönfeld. Der Haus- und Grundbesitzerverband sendet uns eine...

Schweigen können, müssen doch auch die Mitglieder des Hausbesitzer...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Machen. Am 20. Mai stellte Herr Koblen die Behauptung in...

Schlehd. Der Arbeiterausschuß wird seitens der Verwaltung...

Stolberg. Die Wahrheit gehe stets voran, so scheint ein gewisser...

St. Johann a. d. Saar. Nachdem es dem Kameraden S. am...

Wurmrevier. Sie sagen aus Prinzip. Die sich heute "Christlich"

Süddeutschland und Reichslande. Gausham. Vor einiger Zeit haben wir an dieser Stelle...

Rohnbewegungen und Streiks. Gausdorf. Die am 27. Mai in Schlegel und Gausdorf stattge...

Mitgliederbestände des Gewervereins im Wurmgebiet zweifeln...

Hannover, Braunschweig, Oeffen-Sippe.

Hannover. Die Rechnungs- und Vermögensübersicht der...

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Reinberg. Als wir im April eine öffentliche Bergarbeiterversam...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Wirtshaus. In Oberschlesien scheint alles möglich zu sein. Der...

Auf Ihre Eingabe um Gewährung einer fortlaufenden Unter...

Süddeutschland und Reichslande.

Gausham. Vor einiger Zeit haben wir an dieser Stelle die...

Rohnbewegungen und Streiks.

Gausdorf. Die am 27. Mai in Schlegel und Gausdorf stattge...

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen.

Sonntag, den 10. Juni 1900:
 Wesseln u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Anton Seinen, 'Jägerhof'. — Das neue Knappschaftsgesetz und der preussische Landtag. Aenderung des Bochumer Knappschaftsstatuts. Referent zur Stelle.
 Bruchhausen u. Umg. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Seinf. Die Knappschaftsreform und der preuss. Landtag. Berichterstattung vom internationalen Bergarbeiterkongress. — Referent: Rebatteur Franz Polorny, Bochum.
 Greene, Freuden, Salzderhelden u. Umg. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe Brandmüller in Greene. — Zweck und Nutzen der Organisation für die Bergarbeiter. Referent: Kamerad Max Gärtner, Hannover.
 Salsenbergs u. Umg. Nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wille, Wellingshoferstraße. — Das vom preuss. Landtag verabschiedete Knappschaftsgesetz und Aenderung des Bochumer Knappschaftsstatuts. Berichterstattung des Knappschaftsleitenden. Referent zur Stelle.
 Wiemelshausen, Duerenburg, Silepel u. Weimar. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Bergmann. — Das neue Knappschaftsgesetz u. Aenderung des Bochumer Knappschaftsstatuts. Referent: Kamerad G. Hansmann, Eichlinghofen.

Deister-Bezirk.

Konnenberg, Lindet, Engelde, Ihme, Rolofen und Geheden. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Detmer in Konnenberg.
Kloster-Weinliggen, Degerfen, Argehof und Weedenbed. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rochhaar in Kloster-Weinliggen.
Egestorf, Barlinghausen, Alchdorf und Langeder. Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Reineke in Egestorf.
 Tagesordnung in diesen drei Versammlungen: Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und der neueste Vorschlag an ihren Knappschaftsrecht. Referent: Gewerkschaftssekretär M. Schmidt, Hannover.

Donnerstag, den 14. Juni 1900:

Wardenberg (Wurmreiter). Nachm. 6 Uhr, im Lokale des Herrn Sieberich.

Sonntag, den 17. Juni 1900:

Seidhausen u. Umg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn W. Wortberg. — Das neue Knappschaftsgesetz und Aenderung des Bochumer Knappschaftsstatuts. Referent: Knappschaftsvorstandsältester Ernst Nobis, Warten.
 Kameraden, erscheint zahlreich und pünktlich in diesen Versammlungen.

Bildschön
 ist ein zartes reines Gesicht mit rosigem, jugendlichen Aussehen, weicher, sammetweicher Haut und blendend schönem Teint! Alles dies erzeugt Bildschön.
Steckenpferd - Lilienmild - Seife
 von Bergmann & Co., Raddebeul-Dresden
 allein echt mit Schutzmarke: Steckenpferd.
 à Stück 60 Pf. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Wenn wir Sie sprechen könnten
 würden wir Sie sicher davon überzeugen, daß Sie durch direkten Bezug von **Tuch-Resten** ausserordentlich viel sparen, Paletts, Hofen, Zoppen usw., welche in unserer Fabrik täglich entstehen, unbedingt Vorteil haben. Wir versenden jedes gewünschte Maß. Verlangen Sie sofort Muster.
Lehmann & Assmy, Spremberg L. Nr. 88.
 Auch senden unsere Kollektion mit allen Neuheiten der Saison franco zu.

Sie treffen
den Nagel auf den Kopf,
 wenn Sie Ihren Bedarf an **Fahrrädern, Nähmaschinen, Fahrrad-Zubehörteilen** bei mir bestellen!
Weltberühmt sind meine Fahrräder, dabei enorm billig!
 Fordern Sie kostenlos und portofrei meinen **Produktkatalog**, der reichste Auswahl enthält u. Ihnen über die Vorteile, die Sie bei mir genießen, Aufschluß gibt.
Hans Hartmann, Eisenach 353 Größtes Fahrradhaus Mitteldeutschlands.

Tapeten Farben

Lacke

sind am billigsten zu haben bei
Fr. Riesop, Dortmund, Weierstr. 44.

Eine ganze Rasier-Garnitur nur 2,50 Mk.

Diese enthält 1a. hohles Rasiermesser, Streichriemen, Kopf, Pinsel, Seife, alles zusammen in Etuis. Diese Garnitur mit poliertem Holzkasten, verstellbarem Spiegel nur 3 Mk. — Porto 60 Pfg. — Tausende Anerkennungen.
30 Tage zur Probe! 5 Jahre Garantie!
 Rasiermesser
 Hr. 27 fein hohl . . . à 1,50 Mk.
 " 29 sehr hohl . . . à 2,—
 " 33 extra hohl . . . à 2,50 " —
Hauptkatalog
 mit mehr als 2000 Abbildungen über sämtliche Waren (Verlegung unmöglich) 2,50 Mk. gratis u. franco an Sieben.
Emil Jansen, Wald bei Solingen Nr. 149,
 675 Stahlwarenfabrik und Versandhaus.

als — man staune über die landwärtliche Weisheit — eine sozialdemokratische Machprobe, angesehen werden.
 Im Streikrecher bezugnehmend, hat sich nicht nur die Verwaltung bemüht, sondern auch die hohe Obrigkeit. Der Bürgermeister, der Gendarm, der Marier, aber selbst gingen die Herren nicht in den Bruch und doch hätte der Herr Marier so viele Zeit zum Steinebrechen. Ihre Mühe war jedoch vergebens. Dahingegen ist es den Unständigen gelungen, die Wehrhaft in anderen Betrieben zu besseren Bedingungen unterzubringen. Augenblicklich sind nur noch sechs Mann ausständig und diese haben den Beschluß gefaßt, zu den alten Bedingungen unter keinen Umständen die Arbeit aufzunehmen, dann lieber andere Arbeit zu suchen. Dieser Beschluß ist Herrn Brandt mitgeteilt und innerhalb drei Tagen Antwort verlangt. Wie diese ausfällt, davon hängt es ab, ob überhaupt noch einer der früheren Arbeiter zu dem Bruch zurückkehrt.

Briefkasten.

Anonymus Wende. Sie wie in der Sache etwas unternehmen können, müssen wir ersuchen, Namen zu nennen. Das: „Einer vom alten Verband“, genügt uns nicht, wir müssen Beugen für die aufgestellten Behauptungen haben. Also zunächst Namen nennen. — **Realinghausen, S.** Zurückgestellt für nächste Nummer. — **Lindet, Weitenber.** Nein, ist ausgeschlossen. — **Rein-Elbe-Schacht.** Eingeladene die auf zwei Seiten beschreiben, finden keine Aufnahme. — **Münster.** Es kommt darauf an, welche Arbeit Du zu verrichten hastest, wenn Reparaturarbeiter, ja, Kohlenhauer, nein. — **Reichowitz, D.** Wenn wir jeden Unglücksfall veröffentlichten wollten, würde der Raum unserer Zeitung zu knapp werden. Es ist leider so. — **Verbe, C.** Bei einer solchen Sache sofort Beugen und deren Wohnung angeben, wie dann gebracht. — **Seisnik.** Besten Dank, kommt in nächster Nummer. — **Bulint, C. A.** Bei solchen Krankheitsfällen gibt es die ersten vierzehn Tage keine Krankengeldzuschuß. Näheres siehe im Heft Nr. 11 vom November v. J. Der Vorstand. — **Caternberg, R. S. d. 105.** Nein, doch machen die Verwaltungen in dieser Hinsicht Ausnahmen und zahlen das Geld sofort aus. — **Bas, J. W., Lindet, Sch.** Beist Unterstützung des Vertrauensmannes. — **W. G.** Ihre Mitteilungen waren für uns sehr interessant, wir haben das wertvollste herausgenommen und alle Nebensächlichkeiten auf Seite gelassen, da sonst der Raum unserer Zeitung nicht reicht. (Dies gilt für noch mehr Einsender).

Verbandsnachrichten.

Wir sehen uns genötigt, darauf hinzuweisen, daß Mitglieder in ihren Schreiben an den Vorstand die Hauptnummer ihres Mitgliedsbuches mit angeben müssen. Wir können unmöglich alle unsere Mitglieder kennen und darum kann uns der Name allein nicht nützen. Wir müssen die Gewißheit dafür haben, daß die viele Arbeit, welche uns aus der Korrespondenz mit den Mitgliedern erwächst, auch tatsächlich für Mitglieder unseres Verbandes geleistet wird. Wer also in Zukunft unterläßt, außer seinem Namen noch die Nummer seines Buches anzugeben, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn sein Schreiben nicht beantwortet wird.

Das Verbandsblatt ist sowohl in deutscher als in polnischer Sprache wieder vorrätig. Zahlstellen, welche noch kein Blatt haben, wollen ihre Bestellung einsenden.

Die Mitglieder Paul Meim, Hauptnummer 78071 (Zahlstelle Forde) und Paul Wagner, Hauptnummer 61122 (Zahlstelle Schmidtort) werden wegen unkollegialen Verhalten aus dem Verbands ausgeschlossen.
 Der Kamerad Wilhelm Seulen Hauptnummer 78287 ist wieder Mitglied des Verbandes. Der Vorstand.

Dortmund. Machte die Mitglieder darauf aufmerksam, daß unsere Zahlstellenversammlung am 17. Juni stattfinden wird, weil der Gesangsverein 'Vorwärts' am 10. Juni sein erstes Stützungsfest auf der Funkenburg feiert. Sorge ein jeder dafür daß am 17. Juni unsere Zahlstellen-Versammlung gut besucht wird. Der Vertrauensmann G. W.

Arndel. Wir geben den Mitgliedern hierdurch bekannt, daß die Zahlstellenversammlung umständehalber nicht um 4 Uhr nachmittags, sondern am 10. Juni des Morgens um 11 Uhr stattfindet. Der Vertrauensmann.

Aplerbeckermarkt. Für den Monat Juni wird eine Kranzmarke à 10 Pfg. gelebt.

Deffel II. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser bisheriger Kassierer in eine andere Zahlstelle versetzt, wir uns daher gezwungen sehen, einen anderen zu wählen. Gewählt ist Paul Buschnart in Warten, Bismarckstraße 67 II. Etage. Bei etwaigem Kranksein wollen die Mitglieder sich bei Zeiten beim Kassierer mit dem Krankenschein einfinden, nödtigensfalls sie des Krankengeldzuschusses statutenmäßig verlustig gehen. Der Vertrauensmann.

Krankengeldauszahlung.

Waldorf b. Wachen. Das Krankengeld wird für die Zahlstelle Waldorf des Sonntags nach dem 1. und 15. eines jeden Monats von 11 bis 1 Uhr durch den Vertrauensmann ausgezahlt. — **Wesseln.** Die Auszahlung findet jeden letzten Sonntag im Monat, vormittags von 9—1 Uhr, statt. Ausnahmen werden nur in bringenden Fällen gemacht. Der Krankenschein ist jedesmal vorzulegen. — **Duerenburg.** Den krankleidenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Krankengeldzuschüsse nicht mehr beim Vertrauensmann sondern beim Kassierer Gustav Weite ausgezahlt werden.

Bücher-Revisionen.

Gänzigfeld. In letzter Zeit fand eine Bücherrevision statt und mußten wir uns an verschiedenen Stellen sehr lange aufhalten, bis das Buch gefucht war. War dies endlich zur Stelle, wurde erst in verschiedenen Schichten nach den Marken gefucht, da sie nicht sofort eingeklebt wurden. Wir ersuchen deshalb die Mitglieder, das Buch so zu verpacken, daß es ihre Familienangehörigen zu jeder Zeit finden können, damit der Kassierer die Marken sofort einleben kann und dieselben nicht verloren gehen, denn der Schaden, wenn Marken im Buche fehlen, trifft bei vorkommenden Krankheits- oder anderen Fällen die Mitglieder selbst. Ferner klagen einige Mitglieder, daß sie kein Statut mehr hätten. Statuten sind bei unserm Vertrauensmann Gustav Plaumann, Parkstraße 43, zu haben. Auch könnten die Mitglieder unsere Privatabonnenten etwas besser berücksichtigen. — **Waldorf.** Vom 1. bis 6. Bücherrevision. — **Schwege.** Im Laufe dieser Woche Bücherrevision. — **Steinach.** Am 17. und 24. Juni Bücherrevision.

Bibliotheken.

Schonnebeck II. Die Bibliothek befindet sich bei dem Kameraden A. Knapp, Mittelstraße 158. Die Bücher werden jeden Sonntagmorgen von 10—12 Uhr ausgegeben und mögen die Kameraden fleißig Gebrauch davon machen.

Für ausgestellte Duplikate von Mitgliedsbüchern müssen 20 Pfg. bezahlt werden, wofür auf der ersten Seite des Buches, an der Stelle, wo die Eintrittsmarken geklebt werden, eine Duplikatmarke eingeklebt wird. Bei Zahlungen von Duplikaten wolle man von jetzt ab stets die Hauptnummer mit angeben. Die Marken werden beim Anstellen des Buches auf dem Verbandsbureau eingeklebt und die Zahlstellen damit befristet.

Öffentl. Protest-Versammlungen für Knappschaftsmitglieder

gegen das vom preussischen Landtag verabschiedete Knappschaftsgesetz.
Sonntag, den 10. Juni:
Aplerbeckermarkt. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn F. Ellerbrock. Lützinger Referent zur Stelle.
Schwege. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Rudolf, an der Schanze. Lützinger Referent zur Stelle.

monatlich erhalten — war folgendes Schreiben eingelaufen, das Kamerad Rosenberger verlas und wodurch verschiedene Wünsche der Kameraden erfüllt sind:

Gewerkschaft Neuroder Kohlen- und Eisonwerke Neurode.
 Neurode, den 21. Mai 1900.

An den
 Schleppe der Rubengrube Eduard Böhner.
 Auf Ihre Eingabe vom 18. d. Mts. wegen Lohnverhöhung zc. diene Ihnen folgendes zur Kenntnis:
 Um Ihren Wünschen soweit als möglich entgegenzukommen, wollen wir, wie schon jetzt, so auch fernerhin, wo es überhaupt möglich ist, ältere Schleppe ins Gedinge der Hauer nehmen, so daß sie dann 80 Pfg. weniger als diese pro Schicht verdienen. Bei den Schleppe, welche im Schichtlohn beschäftigt werden müssen, werden wir vom 1. Juni d. J. ab je nach ihrer Arbeitszeit auf der Grube und ihrem Alter Abstriche im Lohn durchzuführen, so zwar, daß vom 1. Juni d. J. ab die mit 18 Jahren zur Grubenarbeit kommen, mit einem Schichtlohn von 1,90 Mark beginnen, ab dann von Jahr zu Jahr bis 2,50 Mk. steigt, wenn nicht etwa schon früher eine Beförderung zum Vehrhauser stattfindet.
 Dem Verlangen, um Beförderung des Jahrganges 1900 der Schleppe und des Jahrganges 1901 der Vehrhauser vermögen wir der Zeit wegen Mangel an Schleppe nicht nachzukommen und nicht dies erst im Herbst oder Winter möglich sein. Wir ersuchen Sie, auf Ihre Älteren Kameraden dahin einzuwirken, daß sie in hiesiger Arbeit bleiben, weil wir sie in Zukunft, wenn sie in der bisher üblichen Weise von unserer Grube abgehen und sich auf anderen Gruben, welche genügend Schleppe haben, zum Hauer befördern lassen, und dann in kurzer Zeit wieder zu uns zurückkehren wollen, so lange nicht als Hauer beschäftigt werden, bis nicht ihre gleichartigen Kameraden, die bei uns bleiben, befördert sind, um diese nicht vor den Kopf zu stoßen.
 Ihrem Wunsche, den Schleppe, die zum Bezuge von Deputatlohn berechtigt sind, das alte Quantum, wie den Hauern zu geben, wird insofern nachgegeben, als vom 1. Juni d. J. auch die verheirateten Schleppe 80 Pfg. Deputatlohn jährlich erhalten werden.

Gilt-Auß!
 Neuroder Kohlen- und Eisonwerke.
 Die Direktion.
 Danlos.
 Auf verschiedene vorgebrachte Bedenken wurde vorgeschlagen, abzuwarten, wie die Sache weiter geregelt würde.
 In Hausdorf such nach den Referenten Kamerad Husemann her auf der Wengelsgrube in Mütle entlassene Kamerad H., der die Gründe seiner Entlassung schlichtete. Nach Aussage des Betriebsführers Stahl wurde er entlassen, weil er die Leute „aufgehoben“ und „aufgehoben“ habe. Steiger O. wollte diese Entlassung als gerechtfertigt hinstellen, wurde aber von Kamerad Husemann eines anderen belehrt. Das Resultat der Versammlung war die Aufnahme einer Anzahl Kameraden in den Verband, die mithelfen wollen, die gedrückte Lage der Bergarbeiter zu bessern.

Gottesberg. Der Streik auf den hiesigen Schließchen Kohlen- und Rotzwerken ist nun beendet. Trotzdem der Direktor bei den Verhandlungen mit der Unterkommission und anderen Belegschaftsmitgliedern immer betont hat, bis er nicht daran denke, Leute wegen ihrer Tätigkeit während des Streiks zu maßregeln, so ist das nur leeres Geschwätz gewesen. Obwohl Leute gebauht wurden und man überall nach Arbeitern suchte, hat man doch die Kameraden, welche in den Streikbureau aus haben, sowie andere, welche sich während des Streiks bemerkbar gemacht haben, nicht mehr angelesen. Jedemfalls glaubt man dadurch die Kameraden kaputt zu machen. Auf der einen Seite will man Ausländer heranziehen, auf der anderen Seite die hiesigen Eingewohnten entlassen bzw. nicht mehr anlegen. Wenn Herr Böhner glaubt, dadurch die Leute zu Paaren zu treiben, so wird er sich getäuscht haben. Dadurch wird die Erregung immer noch mehr geschürt. Jetzt sind die lieben Oesterreicher wieder gut; während des Streiks, wo die ausländischen Arbeiter ebenso mitwirkten als wie die hiesigen, da wollte man nicht von ihnen wissen. Einige hat man ja auch schon ausgeweiht. Es zeigt sich, daß die Ausländer ebenso verhaßt sind, sobald sie höhere Löhne verlangen. Jeder vernünftige Mensch muß der Ansicht sein, daß nach einem Streik alles versucht werden muß, um die Gemüter zu beruhigen. Das Schreiben des Direktors Böhner trägt aber dazu bei, die Gemüter noch mehr zu erhitzen. Sollte in kurzer Zeit wieder ein Konflikt mit der Grubenverwaltung ausbrechen, so hat die hiesige Bergerschaft das dem Herrn Direktor Böhner zu verdanken.

Achtung Bergarbeiter!
 An die Bergarbeiter insbesondere und alle Arbeiter überhaupt, richten wir die dringende Bitte, dafür zu sorgen, den Zugang nach den Schließchen Kohlen- und Rotzwerken fernzuhalten. Besonders die Kameraden in Oesterreich werden dringend ersucht, nicht nach Gottesberg zu kommen, um auf den Schließchen Kohlen- und Rotzwerken in Arbeit zu treten. Wenn auch der Streik abgebrochen ist, so ist es fast sicher, daß, wenn nicht andere Maßnahmen auf Seiten der Werkverwaltung ergriffen werden, es wieder zum Streik kommt. In diesem Kampf ist es nötig, daß die auswärtigen Kameraden, besonders die Oesterreicher, welche zu allererst herausgelöst werden sollen, den hiesigen in ihrem schweren Kampf nicht in den Rücken fallen. Bedenkt dies und bleibt, wo ihr seid!
 Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland der Basaltsteinbrucharbeiter auf Girsstein.

Ein Herr Conrad aus Berlin hat sich bei Eigershausen, unweit von Rassel, das Recht erworben, aus einem dem Fiskus gehörenden Berggebiet Schätze herauszuholen und betreibt hier einen sehr lohnenden Steinbruch, allerdings nur lohnend für Herrn Conrad, nicht aber für die Arbeiter. Er beschäftigt hier durchschnittlich 80 Arbeiter, die in zwei Gruppen geteilt, jedoch nur in einer Schicht arbeiten. Die eine, weitaus die größte Gruppe, arbeitet im Tagelohn, bracht die Steine los, schafft sie in die Feinschlagmaschine und auch zur Bahn; für sie beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden, der Stundenlohn 30 Pfg., so daß der Tageslohn eines Arbeiters 3 Mark beträgt. Die andere Gruppe — 12—15 — arbeitet in Altord und richtet Pflastersteine ab. Diese bringen es bis 4 Mark pro Tag, einzelne wohl auch darüber. Die im Schichtlohn Arbeitenden kamen bei den stetig steigenden Lebensmittelpreisen mit ihrem Lohn nicht mehr aus und beschloßen, mit einer Lohnforderung um 5 Pfg. pro Stunde an die Verwaltung heranzutreten. Man beschränkte sich absichtlich auf die einzige Forderung, um es so der Verwaltung leicht zu machen, mit den Arbeitern zu verhandeln und um den Feinden der Arbeiterklasse nicht Stoff zu geben, von einer Machprobe zu reden, die mit einer wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter, gegen die nichts einzuwenden sei, nicht verwechselt werden könne. Ein Arbeiterauschuss besteht nicht und folglich mußte eine Unterkommission gewählt werden, die am 30. April der Verwaltung die Forderung einreichte und bis zum 10. Mai Antwort erwartete. Die Verwaltung warf jedoch schon am 1. Mai einen Arbeiter ohne Angabe der Gründe auf die Straße, was eine allgemeine Erbitterung hervorrief. Die Kommission wurde deshalb am 2. Mai vorstellig, verlangte die Angabe des Grundes der Entlassung des Kameraden und seine Wieder Einstellung, falls die Entlassung aus Unklarheit der Lohnbewegung erfolgt sei. Der Betriebsleiter Urendt, ein außerordentlich schneidiger Herr, eine Art Melchiorleutnant, vorwegerte den Grund der Entlassung mitzuteilen und erklärte bezüglich der Lohnforderung, daß es keine Forderung geben würde. Als die Arbeiter anführten, daß sie bei den teuren Fleischpreisen mit 5 Mark Tageslohn nicht auskommen könnten, meinte Herr Urendt, die Arbeiter seien selbst schuld, daß die Fleischpreise so hoch ständen. Er gab weiter zu verstehen, daß die Arbeiter das vorfindene Fleisch aufgefressen hätten, deshalb die Fleischnot. Ihm, die Arbeiter seines Betriebes sicherlich nicht, denn die sehen wahrhaftig nicht danach aus.

Einige Tage später wurden die Arbeiter nochmals vorstellig und mußten mit der Verwaltung zu verhandeln, jedoch lehnte Urendt jede Verhandlung ab. Er forderte die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und drohte, daß außer dem einen Gemäßigten noch fünfzehn weitere Kameraden nicht wieder angestellt würden. Damit war jede Aussicht, mit der Verwaltung eine friedliche Einigung zu erzielen, ausgeschlossen. Die Streikenden wandten sich daraufhin an das Gewerbeamt, das sie als Einigungsamt anriefen, doch lehnte die Verwaltung dies ab, da sie kein Interesse an der Erhaltung des Betriebes mehr habe. Um aber keinen Weg unversucht zu lassen, wandten sich die Ausständigen dann an den Landrat, doch vergebens. Dieser gab der Verwaltung sogar recht und erklärte, wenn nicht der Bergarbeiterverband hinter den Streikenden stände, dann wäre es ihnen vielleicht möglich eine Einigung anzubahnen. Es mußte der Streik

